

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Unternehmenspreis mit der tagl. Unterhaltungszeitung Leben, Willen, Kunst  
an den Frauen- und Jugendzeitung entstehend. Druckerlein monatlich 80 Pf.  
zu dem Preis bezogen werden darf. Nr. 275, unter Kreisbeamte für Deutschland und  
Österreich-Ungarn Nr. 5 — Erichsen tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Brüderstraße 14, II. Tel. 8460.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Brüderstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnierte werden bis 6 geplattete Zeitzeile mit 10 Pf. berechnet, bei dreimaliges  
Überholung wird Rabatt gewährt. Vereinsabonnement 30 Pf. Jüdische müssen  
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
sowas zu beachten. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 214.

Dresden, Freitag den 15. September 1911.

22. Jahrg.

## Wider den Krieg.

Jena, 14. September.

Seit Wochen verachtet man in der bürgerlichen Presse die Schuldigen der Hunger- und Kriegspolitik verhängnisvollen Wahlen durch nationales Gesetz zu dirigieren. In Industriezentren befand sich man das aldeutsche Getobe der sozialdemokratischen Vaterlandslosigkeit, Hoch- und Landesfreiheit. Wir haben die Marcks-Politik, die man gegen uns ausgenutzt hat, aufgenommen und werden gerade auch ihr in den Wahlkampf ziehen. Heute die deutsche Regierung nur eine Spur jenes Verantwortungsgefühls, das sie in Jena das deutsche Proletariat durch den Mund ihres Sohnes und doch so lebenswollen Führers bestätigte, sie würde ohne diese Drohungen und thidische Gewaltmittel — die Erziehung und das Vertrauen der ganzen Welt gewinnen. Und elementar hervortretende stürmische Zustimmung, die Bebel ist all seinen Ausschreibungen aus dem Parteitag fand, bewies, daß der deutsche Volke aus der Seele gesprochen hatte.

Bebel hatte kein Referat über die allgemeine politische Lage geteilt. Heute sprach er nur über die Marcksfrage, wenigstens wird er das Referat über die Reichstagsschläge erlassen.

Die heutigen aberthalbfünftigjährigen Ausschreibungen Bebels, mit jugendlicher Fröhlichkeit und der ganzen leidenschaftlichen Leidenschaften eines zugleich erfahrenen und unbekannten Politikers vorgetragen wurden, waren ein junges weltpolitisches Programm der Sozialdemokratie. Immer wieder die dummsten und gefährlichen Wirkungen der deutschen Kriegspolitik seit dem ersten französisch-englischen Konkurrenz, zeigte er die flaten und einheitlichen Anschaunungen der Sozialdemokratie. Alle kapitalistische Kolonialpolitik ist auf und Blut. Darum bekämpfen wir sie. Über auch wir werden eine menschliche und vernünftige Globalisierung wider und halbwilder Völkerstaaten fordern wollen. Um Marcks will einen Weltkrieg zu wagen, wäre Wahnsinn und Verbrechen. Über auch die Sozialdemokratie unterstützt alle Verschwörungen der deutschen Regierung, durch Friedliche Verhinderung in Marcks Deutschland die wirtschaftliche Blockade mit allen Völkern zu führen. Die Sozialdemokratie lebt nicht mit allen Mitteln gegen die Kriegspolitik, aber niemals hat sie sie auf Waffen- und Kriegsfeind zum Ausbruch eines Krieges festgelegt und alle derartigen Ausschreibungen seit dem Jüdischen Internationalen Kongress abschließlich zurückgewiesen. Nicht aus irgendwelcher Feindseligkeit oder gar aus herzlicher Verachtung, sondern aus der Kenntnis der Bedingungen eines modernen Krieges. Mit wenigen sarkastischen Sätzen ließ Bebel das erschütternde Bild eines Krieges der Gegenwart vor den gebannt lauschenden Hören erkennen. Ein Krieg ist die Revolution aller sozialistischen Verhältnisse, 5—6 Millionen Männer werden den Waffen gerufen, ihre Familien verlieren den Ernährer, gibt nach einem Wort des Generals Häfeler nicht Raum und werden sterben, die Finanzen werden zerstört, Vermögen zugrunde, alle Lebensmittel werden unerschwinglich, Hunger herrscht und Arbeitslosigkeit. In solcher Art wird Bebel mit erhabener Stimme aus, schreit daß es nicht nach Massenstreit, es kommt direkt nach Krieg. In tiefer Erregung begleitete der Parteitag diese Kritik mit hörmönden Kundgebungen seiner Zustimmung.

Wie verächtlich! Doch züchtigte Bebel die Rote der Engländer. Würden sie selbst wohl als Brigade: "Ritter des Friedens" vorzutäuschen? Würden sie auch nur ihre 1870 nicht mehr erlebt. Sie haben nicht den fundierten Kriegserfolg 1870/71 durchgemacht. Im Nachkrieg wird Herr von Breden seines müßig wegen der aldeutschen Verhinderung, die er eingegangen; zur Unterstützung seiner Kriegspolitik hatte sich ja ein ganzes Syndikat von Journalisten, Redakteuren, Parlamentariern gebildet. Dann kam ein wilde Kaiserhege, wie in der Zeit Caprivi. Wilhelm wurde förmlich mit einer Revolution bedroht, wenn der Krieg zulässt.

Unter brausendem Beifall hatte Bebel geendet. Das Deutsche Volk hatte seinen entschlossenen Friedenswillen, seine soziale Vaterlandsfreude und seine alle Völker umfassende soziale Humanität in dieser Kundgebung seines verehrten Kaisers vor aller Welt angezeigt. Kein Zweifel und keine Evidenz liegt bloß übrig. Es bedurfte keines Wortes mehr. Über die "kleine Gruppe" — sie war freilich irgendwischen kein geworden — rückte mit einem Amtsenthebten Luxemburg an. Die ganze Kolonial- und Ausbildungspolitik sollte in die Resolution Bebels einzugehen werden, gleich ungestüm und heftiger Protest gegen alles und jedem, gegen manche Mischung aus Selbstverständlichkeit und Verhängnissen annahmen. Und der Parteitag am Abend, bevor man diese Mischung aus Selbstverständlichkeit und Verhängnissen annahmen, so wurden die Verbesserungsvorschläge im großen Wehrheit grausam niedergeschlagen. Bebels Resolution aber fand einstimmige Annahme.

K. K.

## Maifeier — Vorstandswahl.

Die Debatte über die Maifeier-Urküsse füllte den größten Teil der Sitzung am Donnerstag nachmittag. Es war weniger eine Debatte über die Maifeier selbst, denn die Art ihrer Veranstaltung ist durch Parteitegsbeschlüsse völlig geregelt, und es gab in diesem Jahre überhaupt keine Anregungen mehr, eine andere Form der Feier herbeizuführen. Im Vordergrund der Erörterungen stand vielmehr jener auf dem Parteitag in Nürnberg gefasste Beschluss, der den Angestellten und Arbeitern in solchen Betrieben, die die Arbeitsruhe am ersten Mai ohne Lohnausfall gewährten, die Zahlung des Lagesverdienstes in den Maiabend auferlegt.

Genossen P. Janischowski konnte in seinem einleitenden Vortrag die Latzhäuslichkeit ausdrücken, daß die Maifeier gute Fortschritte gemacht habe und daß die Unterstützungsabstimmung, wenn sie auch noch nicht sehr große Mittel umfassen, doch dazu würken, daß die Unternehmer nicht so leicht zu Maifeierregelungen greifen. Da sie seien, daß den feiernden Arbeitern ein Rückhalt geboten ist. Der Redner streite auch die Mängellosigkeit, die vielleicht wegen der Ablösung des Tagelohnes eingetreten sind, und er erklärte, daß der Parteivorstand sich in dieser Angelegenheit jeder Einwirkung begebe und die Entscheidung durchaus dem Parteitag überlassen wolle. In der Debatte prahlten die zwei verfeindeten Ausschreibungen, die in dieser Sache bestehen, recht häufig aufeinander. Die Ablösung des Nürnberger Beschlusses wurde ledhaft von den Genossen Lipinski und Simon-Nürnberg vertreten, während die Genossen aus Hamburg und zwei Redner aus Dresden, die Genossen Lehmann und Weiß, ferner mit besonderer Einbringlichkeit Genossen Reiner für die Beibehaltung und Durchführung des Beschlusses das Wort nahmen. Von beiden Seiten wurden sehr beachtenswerte Gründe vorgeführt. Lipinski und Simon betonten die peinlichen Mühsale, die der Beschluss herbeigeführt hat; es sei schwer, fast unmöglich, die zahlreichen Arbeiter und Arbeitervixen in Betrieben der Arbeitersbewegung, die Parteimitglieder sind, zur Zahlung heranzuziehen, und es gehe nicht an, deswegen einen Massenausfall aus der Partei vorzunehmen. Wo sei es besser, den Zahlungsaufwand auf freiwillige Beiträge zu verlagern. Von der anderen Seite aber wurde hervorgehoben, daß das Opfer, das die Angestellten und Arbeiter brachten, doch nur gering sei im Vergleich zu den viel größeren Opfern und Gefahren, denen die Arbeiter in Privatbetrieben aus Anlaß der Maifeier ausgesetzt sind; die große Masse würde es nicht verstehen, wenn der Parteitag den Nürnberger Beschluss aufheben wolle. Die Abstimmung brachte die Ablehnung des Antrages auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses mit 287 gegen 172 Stimmen.

Der Nürnberger Beschluss bleibt also in vollem Umfang bestehen. Wenn sodann der Parteitag noch, nach erregter Geschäftsförderungsdebatte, den Beschluss hinzufügt, daß gegen Parteimitglieder, die sich weigern, dem Nürnberger Beschluss nadazu zu kommen, das Verfahren auf Ausschluß aus der Partei eingeleitet werden soll, so war dieser mit 279 gegen 101 Stimmen gefasste Beschluss im Grunde eine Lebenseinfülligkeit. Denn es versteht sich auch ohne besondere Begründung, daß es versteht sich auch ohne besondere Begründung, daß die Parteigenossen, die den Beschluss für nicht lobenswert halten, ihn zu befolgen haben, wenn sie nicht mit Bestimmungen des Organisationsstatus der Partei in Widerspruch geraten wollen. Sie und da wurde auf dem Parteitag durchgehend gefordert, daß die entschiedene Durchführung des Nürnberger Beschlusses neue Schwierigkeiten in manchen Parteivierteln heraufrufen werde. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich nunmehr diese Parteigenossen dem Beschluss fügen, damit solche Schwierigkeiten vermieden werden.

Die letzte Stunde der Sitzung brachte eine Erörterung über die Wahl eines neuen zweiten Parteivorsitzenden. Es ist, wie dies richtig bemerkt, das erstmal, daß aus Anlaß dieser Wahl überhaupt eine Erörterung herbeigeführt wurde. Parteivorstand und Kontrolleure hatten auf Grund langer Beratungen den Genossen Haase-Königsberg als den rechten Mann in Vorschlag gebracht und eine große Mehrheit des Parteitags — so ließ sich aus den Vorschreibungen in den Landesmitgliedschaften entnehmen — schloß sich dem Vorschlag an. Andretters war auch schon seit Paul Singer's Ableben der Genossen Ebert vielfach als geeigneter zweiter Vorsitzender der Partei genannt worden und ein Teil der Delegierten glaubte ihn vor dem Genossen Haase bevorzugt zu wählen. In der Debatte, die sich hierüber entpannen, zeigte es sich, daß die Genossen aus Süddeutschland sich für die Wahl des Genossen Haase nicht entschließen möchten, weil er nach ihrer Ansicht auf dem Magdeburger Parteitag, bei dem Streit über die Budgetfrage, zu leidenschaftlich gegen die Stellung genommen hätte. Genossen Ullrich-Oppenbach drückte den Wunsch, am Genossen Ebert festzuhalten — obwohl dieser selbst erklärte, daß er auf keinen Fall für diesen Posten kandidiere — dahin aus, daß Ebert besser geeignet sei, die Partei einheitlich zusammenzuhalten. Bebel wies die Befürchtungen gegenüber Haase als unberechtigt zurück. Genossen Haase werde zweifelsohne völlig unparteiisch und in verhältnislicher Weise seine Tätigkeit im Parteivorstand ausüben.

Die Wahl des Genossen Haase mit sehr großer Mehrheit ist außer jedem Zweifel. Die Partei darf in ihm, der

sich seit so vielen Jahren als ausgezeichnete Genosse, Entwicklungs- und Parlamentarier bewährt hat, das Vertrauen setzen, daß er in der neuen hervorragenden Stellung zum Wohl der Partei das allerbeste zu vollbringen bestrebt sein wird.

## Ursachen und Wirkungen der Betriebsunfälle.

So. In Zwischenräumen von zehn zu zehn Jahren wird amtiell eine genaue Unfallstatistik aufgenommen. Die legte amtiell die Vorgänge im Jahre 1907. Ihre Ergebnisse werden noch und nach veröffentlicht. Natürlich wurde der Abschnitt über Ursachen der Unfälle und den Verlauf der Unfallsfolgen bekanntgegeben. Die einschlägigen Angaben sind teils sehr interessant, teils können sie aber auch nicht widersprochen bleiben.

Zunächst ist aus der Statistik die bekannte Tatsache zu ersehen, daß sich die Zahl der Unfälle fortgesetzt erheblich vermehrt. Von 1897 auf 1907 vermehrte sich die Zahl der verlegten und getöteten Personen in der Gewerbe-, Bau- und Seearbeitsversicherung von 45 971 auf 81 248. Das ist fast eine Verdopplung. Die Zahl der Unfälle hierbei an Maschinen vermehrte sich nur von 11 384 auf 19 803. Es wird hier die auch schon durch andere Statistiken festgestellte Errscheinung bestätigt, daß nämlich verhältnismäßig die durch den Maschinenbetrieb hervorgerufenen Unfälle abnehmen, dagegen die bei der Handarbeit usw. entstandenen zunehmen. So vermehrten sich die beim Auf- und Abladen, Heben und Tragen usw. entstandenen Unfälle von 6324 auf 11 392, durch Fahrwerk (Fahrzeughalt, Absturz usw.) verursachten von 2927 auf 5587, durch Handwerkszeug und einfache Geräte erfolgten von 1642 auf 3336 usw. Es bedeutet also auch eine Verminderung der Unfallgefahren, wenn der Handbetrieb durch den Fabrikbetrieb ersetzt wird. Diese Feststellungen lassen die Einbedeutung des Handwerks in die Unfallversicherung immer dringlicher werden.

Die Statistik erstickt sich auch auf die Feststellung, wer die Schuld an den Unfällen trägt. Es sollen von sämtlichen Unfällen im Gewerbe 12,06 Prozent auf die Schuld des Arbeitgebers, 41,26 Prozent auf die Schuld des Arbeiters, 37,65 Prozent auf die allgemeine Betriebsgefahr, 5,94 Prozent auf die Schuld von Mitarbeitern usw. zurückzuführen sein. Diese Angaben können nicht ruhig hingenommen werden. Wenn sie richtig wären, wären doch in annähernd der Hälfte der Fälle die Verletzten selbst "Schuld" an dem Unfall. Die Entscheidung der Frage, wer an einem Unfall schuld ist, wird sehr subjektiv getroffen. Verlegt sich ein Arbeiter an einer Maschine, an der eine Schadvorrichtung fehlt, wird natürlich der Unternehmer sagen, der Arbeiter sei selbst schuld, weil er nicht "aufgepasst" habe. Verlegt sich ein Arbeiter, der schon 5 bis 6 Stunden hintereinander ununterbrochen gearbeitet hat und ermüdet ist, so wird der Unternehmer auch sagen, der Arbeiter sei ungeschickt gewesen. Weil richtig ist es aber, dem Unternehmer die Schuld beizumessen, da er die Maschine ohne Schutzeinrichtungen und den Arbeiter ohne Pause übermäßig lange arbeiten läßt. Nun bedenke man, daß die Statistik von den Berufsgenossenschaften, also den Unternehmern selbst, aufgenommen wird, und man wird es begreiflich finden, daß die Arbeitgeber als die unschuldigen Menschen erscheinen. Das wird bestätigt, wenn man einen Blick wirkt auf die Gelegenheiten, bei denen sich die Unfälle ereigneten. So sollen bei den Unfällen an den Motoren die Arbeitgeber nur in 11,00 Prozent, die Arbeiter aber in 69,94 Prozent der Fälle schuld sein. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung wird jeder Logik erkennen.

Interessant sind die Angaben über den Verlauf der Unfallsfolgen. Sie zeigen, wie die Durchführung der Unfallversicherung für die Verletzten immer ungünstiger geworden ist. Verleben wir die Hälfte der abgeschlossenen Beurteilung", wie steht also einige Jahre nach dem Ereignis darstellen, so geht sich, daß im Jahre 1887 von 100 Verletzten 19,49 tot, 3,11 tödlich und 46,98 teilweise dauernd und 30,41 vorübergehend erwerbsunfähig waren. Für das Jahr 1907 ergeben sich nur 8,29 Tote, 0,59 tödlich und 33,06 teilweise dauernd Erwerbsunfähige, dagegen 58,06 vorübergehend Erwerbsunfähige. Unter der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit ist immerhin eine solche zu verstecken, die länger als 13 Wochen währt, weil es erst dann die Unfallversicherung eingreift. Es wäre ein Trugschluß, aus den Zahlen entnehmen zu wollen, daß die Schwere der Unfälle sich gemildert hätte. Sie sind vielmehr der ziffernmäßige Beweis dafür, daß die Abschaltung der Erwerbsunfähigkeit immer ungünstiger für die Verletzten geworden ist. Und wenn nach den Zahlen die Todessätze sich vermindert haben, so ist das zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr der Tod nur dann als eine Unfallsfolge angesehen wird, wenn der Verletzte tot an der Unfallstelle liegt bleibt. Verstirbt er erst später, so findet man tausenderlei Gründe für die Behauptung, daß der Tod infolge anderer Umstände eingetreten ist.

Wenn der Verfall der Unfallversicherung in dem seitigen Tempo fortsetzt, wird bald nichts mehr von ihr übrig bleiben!



geren Angeklagte so viel Rechtsanwälte nehmen, als er wünscht möchte, dann. Reben, die oft Tage dauern, gehören vor den Richter nicht zu den Seltenheiten.

Es ist also unerträglich, wenn die Geschworenen gelegentlich ihrer Art den Rechtschmähl der Abgeordneten Ausdruck geben. Wie eben ist nicht von seinem Rechtsanwalt ins Unglück geredet, das schwerere Verurteilung im Prozeß Karel Bonmartini aus ihrer Zeit zum großen Teil auf die Schüttigung der Gemeinde über die endlosen Reden der Verteidiger.

#### Spanien.

##### Revolution-Sorgen.

Mobil, 14. September. Die revolutionäre Bewegung, die sich über das ganze Land erstreckt, bereitet dem Ministerialrat Sorgen. Täglich finden Sitzungen im Ministeriat statt, bei der die gründlichsten Abmachten zu besprechen. Über das Gefüge dieser Bewegungen bewahrt die Regierung strenge Stillschweigen. Wenn man früher der Ansicht war, daß es den Regelungen nicht schwer fallen würde, im gegebenen Augenblick die Bewegung mit Waffengewalt zu unterdrücken, so ist man durch diese Bemühungen dazu denken. Maßgebende Parteien haben den Ministerpräsidenten in unvermeidlicher Weise gewonnen gemacht, daß die 70 000 Mann, die der Regierung am 1. August noch einige Tage im gleichen Maße wählten wie in den nächsten, in der Hauptstadt zu verbleiben, bis sich die Lage entschlossen, in der Stadt nach San Sebastián ist auf einen Tag verschoben. Mehrere riesige Zeitungen erscheinen jetzt täglich. Nachdem diese Zeitungen erschienen sind, ist die Stellung des Kabinetts unhalbar geworden.

Mobil, 14. September. Meldungen aus Bilbao besagen, es gehen in den Straßen von Bilbao zu erneuten Zusammenstößen zwischen den Streitenden und den Truppen. Der Bahnhof und der Verkehr der Straßenbahnen ist fast eingestellt. Keine Zeitung erscheint. Auch aus Malaga zusammenhängende Städte und der Polizei gemeldet.

#### Peru.

##### Ein Röhrchen der peruanischen Sozialisten.

a. Durch Vermittlung des russischen Delegierten Benjamins hat das Komitee des peruanischen Sozialisten an das internationale Bureau mit einem Bericht über die vom russischen Parlament in holdem Verein mit der englischen Regierung betriebene Raubpolitik gegen Peru geschickt. Wir haben unter Südkorea Freiheit, so gering es auch sei, wir haben Kampf errungen. Diese Freiheit ist in Gefahr, denn Paraguay im Süden mit Großbritannien sucht sich unterwegs zu bermächtigen und die Autokratie wieder herzustellen. Sogar junge Peru ist mit dem armeligen Magneut Alt zu tun, der er mit seiner Bande rasch vernichtet. Aber und verzerrt die rauschigste Internationale der revolutionären Regierungen den Sieg will keine Freiheit und Unabhängigkeit Perus. Ihr Wert der Bevölkerung erfordert ein verlässliches Verhältnis mit einem füchtigen Feind. Die russische Regierung hat im Einverständnis mit der englischen das von beiden Mächten mit der neuen sozialen Regierung getroffene Abkommen verlegt. Alle andern werden diesem komplizierten Vertrag gegenüber gleichgestellten hoffen wohl. Unteil an der Seite oder doch Kompromissen zu lassen. — Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten werden die Angreifer der Freiheit und Unabhängigkeit keine Waffe scheuen. Und auch schweren Tagen, wo wir überall nur Feinde sehen, können nur vom sozialistischen Proletariat Hilfe erhoffen. ... Erhebt eure Stimme zugunsten unserer Freiheit in euren Parlamenten, in Versammlungen, eurer Presse. Überall, wo es euch möglich wird, zu protestieren!

Bekanntlich hat auch die deutsche Reichsregierung durch das soziale Abkommen mit ihrer russischen Kollegen sich zur Gehörigkeit der Sozialdemokratie, mit dessen neuer Regierung in diplomatischem Verlehr sehr gemacht. Große Erfolge dichten sozialistische Prostitution kaum beschieden sein, es sei denn, es der englischen Arbeiterschaft gelingen sollte, das schummrnde Gespür der liberalen Partei gegen die schimpfliche Räuberpolitik des Lord Grey aufzuweichen.

#### Im Tage.

London, 14. September. Das hier seit dem Jahre 1808 lebende Peruanische Komitee hat die Nachricht erhalten, daß England von Perus nunmehr endgültig seine Sache für Loren hält. Er trifft die letzten Vorbereitungen, um auf einem Schiff Perus zu verlassen und sich nach Russland zu gehen.

Peterburg, 14. September. In Ardebiil verlaufen die Stadt

## Zweiter Deutscher Richtertag.

Hg. Dresden, den 14. September.

II.

Landgerichtsdirektor Reichs-Augsburg sprach über das Thema: „Angesichts sich im weiteren Ausbau des Gerichtswesens befindet den Schutz des Rechtes als eine ihrer obersten Pflichten und hat den Genuß der Rechtseinheit auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechts und der Strafrechtsordnungen geschaffen. Mit der Einrichtung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist die Rechtseinheit zur Tat mit der Rechtseinheit und Rechtspflege in Deutschland sich auf die zahlreichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Straf- und Strafrechtsordnungen gebildet. Dies führt zum Nutzen der Staatsordnung und der Weltgemeinschaft unserer Richter und auch auf der anderen Seite. Es entstanden die Richtervereine der Richter und der Rechtsangelegenheiten der deutschen und Staatsanwalte gehör. Die seit geraumer Zeit einen Reformstreit führen sich nach zwei Seiten: Die Reform des Richterstandes der der Reformbewegung durch das Gesetz gesetztem, Reform der Gesetzestechnik (Prozeßreform) und die Reform der Rechtsprechung der Justizverwaltung durch das Gesetz von der Reformbewegung der Justizverwaltung sich ein. Bei den letzteren hat eine Fortentwicklung sich eingestellt, obwohl sie ebenso wichtig ist wie die der Rechtsanwalte. Dem Richter muß nicht nur die Fähigkeit, es im Recht auszusprechen, sondern auch die Charakter- und moralischen Garantien für seine Unabhängigkeit. Die Rechtseinheit aber schafft keine genügende Gewähr für die Rechtseinheit. Die Stellung der Richter in den Planten ist nicht mehr zeitgemäß geregelt. Der Richter soll bloßer, aber nicht Staatsbeamter sein. Es sind die Planten, der Richter-Stellvertretung, das und der richterlichen Disziplinarstrafung, das zu verhindern, teils zu ungenügen, um Ihnen zu helfen. Wie auf die Richter bezüglichen Bestimmungen einzuhören und in einem Rechts-Richter vereinigt werden. Von einzelnen muß verlangt werden, der gemeinsame Bestimmungen über die Ausbildung der Richter, ist zu fordern, die feste Anstellung der Richter, da das Verträge, welche die einheitliche Regelung der Disziplinarstrafung

nisse und insbesondere der Krone über die Grenzen der Dienstaussicht und schließlich die Festlegung des Schatz-Vorliegungsproblems nach preußischem Muster, da das meist in den süddeutschen Staaten befindliche Beförderungssystem mit dem System des Richterums, insbesondere mit der Unabhängigkeit sich nicht deckt. Die richterliche Unabhängigkeit ist ja nicht den Richtern um ihre Willen vertheilt, sondern sie ist den Richterherrn im Interesse unparteiischer Richterpflege gewährt worden. (Ehemalige Reichsgericht.) Der Vortragende fasst seine Ausführungen in folgenden Wörtern zusammen. 1. Die Unabhängigkeit des Richters ist das Fundament einer guten Richterpflege. 2. Unsere heutige Gerichtsverfassung bietet keine genügende Gewähr für die richterliche Unabhängigkeit. 3. Diese erhebt, daß das Richteramt auf sein wesentliches Amt bestellt und der Träger des Amtes mit einer staatsrechtlichen Stellung ausgestattet wird, die im Einzelfall nicht mit den Aufgaben des Amtes. Hierzu sind erforderlich: feste Anstellung aller Richter; ihre Abgrenzung der richterlichen Verantwortlichkeit gegenüber der Justizverwaltung; ausreichende materielle Sicherstellung der Richter. 4. Die offizielle Regelung dieser Normen obliegt dem Reichsrecht. Es empfiehlt sich die Erlassung eines deutschen Richtergesetzes.

Nach einer längeren Pause wurde über das Referat und die Beiträge die Debatte eröffnet. Landgerichtsdirektor Landtagsabgeordneter Voßkühler stellt folgenden Antrag: Der Deutsche Richtertag wolle beschließen: 1. Die Vorlesungen des Reichsgerichtsbesuches bedürfen einer Ergänzung durch Artikel des deutschen Richtergesetzes. 2. Das Gesetz muß enthalten Vorlesungen über die materielle Begrenzung des Richteramts und Vorlesungen über die Tugend des Amtes, insbesondere a) feste Anstellung aller Richter, b) klare Abgrenzung der richterlichen Verantwortlichkeit gegenüber der Justizverwaltung, c) gleichmäßige Grundlage über die materielle Sicherstellung der Richter. — Das Begehung der Anträge lädt Udo. Voßkühler aus: Wenn wir warten wollen, bis von allen hier ein Eindruck auf den Richterstand projiziert werden sollte oder bis erst die extremen politischen Parteien sich der Sache beschäftigt haben, dann wäre es zu spät sein, ein objektives Gesetz zu schaffen. (Gutstimmen.) Gegenüber den Angriffen, die im Parlament gegen den Richterstand erhoben werden sind, muß ich hier die mehrere Vaterlandstreuen erläutern — und ich glaube dabei der Zustimmung aller Richter. Richter und der Justizverwaltung sicher zu sein — das bei uns im Prinzip eine Beeinflussung der Richter durch die Justizverwaltung nicht stattfindet, wenigstens nicht über das gültige Maß der notwendigen Beeinflussung hinaus.

Der einzige mündliche Punkt, den ich für Preußen zugeben muß und der sich zu einem Kreisreden ausgeweitet hat, ist die Frage des Richteramts. Wenn man vorzuschieben hätte, welche Richter eintreten werden, hätte es sicherlich niemand gewagt, die Bevölkerung zu treffen, daß alle Richter, die das zweite Gravamen beobachten haben, als Richter ernannt werden müssen. Man glaubt damals aber die Unabhängigkeit des Richters damit überzeugt zu haben. Die Richterinnen haben sich aber jetzt zu entwidelt, daß es dem Justizminister freiheitlich ist, Richter zu entenden, die als Vollzieher an den Geschäften teilnehmen. Ein Richter muss heute 6 bis 8 Jahre auf seine Anstellung warten; er ist während dieser Zeit der Willkür der Behörden ausgesetzt, die ihm eine begabte Tätigkeit anweisen können oder auch nicht. Aber darüber kann niemand hinauskommen, daß dem jungen Mann, dessen Willenskraft noch nicht genügend gestiftet ist, es darauf ankommt, in möglichst viele Kommissionen oder in eine baldige Anstellung hineinzugommen, und er wird glauben, daß er am besten dazu kommt, wenn er sich der Ansicht des Präsidenten des Reichsgerichtsgebiets unterordnet und wenn er so richtig, wie nach dessen Meinung gerichtet werden muß. Wenn darunter ein junger Richter sich gewöhnt hat, die Meinung des Präsidenten seiner eigenen vorzuziehen, so wird er für die fünfjährige Anstellung des Richters verzweiten und er gewöhnt sich daran, rechtsgut zu sprechen, nicht wie nach seiner eigenen Meinung gesprochen werden darf, sondern wie er glaubt, daß es seine Vorgesetzten tun. Deshalb nach einer reichsgerichtlichen Regelung gefordert werden, denn so geht es nicht weiter. Mit der Bestimmung, daß jeder, der er häufig kein oder nicht, nur auf Grund des Gravamen ein Amt auf Anstellung hat, muß gekrönt werden. Diejenigen aber, die man im Richteramt angenommen hat, müssen die Sicherheit haben, sie müssen schon als Richter sichergestellt sein. Es dürfen also nur so viel Richter angenommen werden, bis das Bedürfnis gebedt ist. Wenn ein Richter sicher rechnen kann, in ein bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedene Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedene Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedenen Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedenen Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedenen Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedenen Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedenen Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedenen Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des Richters auffassen. Unbedingt muß das Richteramt enthalten, in welcher Weise das Amtsvieligen von den niederen Stellen in die höheren erfolgt. (Sturmfreies Beifall.) — Amtsgerichtsrat Dr. Neumann-Breslau hebt hervor, daß eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Richter darin besteht, daß sie gegen ihre Willen in ein anderes Regierungsbezirk versetzt werden können. — Landgerichtsdirektor v. Riem-Limburg: Ein kräftiger Staat wird wohl niemals einen Stand aufzumachen lassen, der ganz unabhängig ist. Eine gewisse Abhängigkeit wird da immer vorliegen. Wie haben in Preußen also keinen Anlaß, Klage zu führen. (Gutstimmen.) — Amtsgerichtsrat Jakob-Berlin: So ganz frei von allem Fehl, wie es die beiden Herren Vorleser dargestellt haben, ist die preußische Justizverwaltung denn doch nicht. Ein Richter kann sich rechnen, in einem bis zwei Jahren in das Richteramt zu gelangen, so wird damit die Garantie gegeben sein, daß er gegenüber der abweichenden Ansicht seines Vorgesetzten seine eigene bewahrt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß im Richteramt festgestellt werden, wie weit der Vorgesetzte Richterungen mit dem ihm unterstehenden Beamten erörtern darf. Niemals darf er ihm Vorlesungen über das Urteil machen, aber er muß das Recht haben, mit ihm verschiedenen Vorgänge zu besprechen. Darin wird wohl niemand eine Beeinflussung sehen. Es gibt allerdings Leute, die schon in jeder Aussprache eine Beeinflussung erbliden. Haben wir es doch erst tatsächlich erlebt, daß dem Justizminister Beeinflussung eines Landgerichtsdirektors vorgeworfen wurde, weil er von ihm in einer Sache, die in höchstem Maße die Öffentlichkeit interessierte, eine Aussicht verlangte. Das kann doch niemand als eine Beeinflussung des

## Internationale Hygiene-Ausstellung

Dresden 1911.

Sonnabend den 16. September

Kassenöffnung 9 Uhr.

Eintrittspreise: Von 9—10 Uhr M. 1.—, von 10 Uhr an M. 1.— auch nach 1/2 Uhr abends.

### Konzerte.

**Musikpavillon A** (Konzertplatz). Von 4 Uhr nachmittags an:

Schwäbische Kapelle, Cassel. Direktion: Musikdirektor Henkel.

**Musikpavillon B** (Herkules-Allee). Von 4 Uhr nachmittags an:

Eislebener Bergkapelle, Eisleben. Direktion: Musikdirektor Hahn.

Bei günstigem Wetter spielt diese Kapelle von 3—4 Uhr nachm. auf **Musikpodium C** (zwischen Hallen: Wohnung und Ansiedlung und Beruf und Technik).

Abends 8 Uhr auf dem Sportplatz:

## Grosses Feuerwerk

**Eintritt M. 1.—** (auch abends nach Schluss der Hallen). Die Eintrittskarten berechtigen zum Besuch des ganzen Ausstellungsgeländes einschließlich Sportplatz.

**Tribünenplatz** (numeriert) zu der Tribüne auf dem Sportplatz **M. 1.—**; zu haben bei den Firmen Ries, Ringstrasse und Brauer, Hauptstrasse sowie an den Ausstellungskassen am Haupteingang.

### Dauerkarten haben Gültigkeit.

Das Feuerwerk findet nur bei günstigem Wetter statt. Wird es verschoben, so gelten die Tribünenkarten ohne Preiszuschlag und die erhöhten Abend-Eintrittskarten gegen Zuzahlung von 50 Pf. für die nächste Veranstaltung mit erhöhten Abend-Eintrittspreisen.

## Sportplatz

Sonnabend den 16. September, nachm. 4 Uhr:

### Barlauf-Wettspiele von Schülern der :: Dresdner höheren Lehranstalten ::

#### Eintrittspreise zum Sportplatz\*)

1. Platz M. 1.—50, Kinder, Schüler u. Militär. M. 1.—30  
2. Platz M. 1.—20, Kinder, Schüler u. Militär. M. 1.—10  
Tribüne unnummeriert M. 1.—50 } Zuschlag zum Preise  
Tribüne nummeriert . M. 1.— } für 1. Platz.

\*) Berechtigen nicht zum Eintritt in die allgemeine Ausstellung.

## Bezirk Radebeul.

Sonnabend den 16. September 1911

abends Punkt 9 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im Gasthof „Goldene Krone“ in Radebeul.

### Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Landeskonferenz. Referent: Genosse Södel.

2. Vereinsangelegenheiten.

Nicht zahlreich erscheinen erwartet. Die Bezirksverwaltung.

## Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsschreiber: ... Geschäftsrat: Wiederhold 8—1 Uhr  
Geschäftsschreiber 4. peripher tem „Geben“ 2 Uhr. ... und 3—6 Uhr. Kammes 86 7 Uhr.  
Telefon: Kurs 774.

## Bezirk Leutewitz.

Sonnabend den 16. September, abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthof zur Höhe in Leutewitz. Tages-Ordnung: 1. Kriegsbericht und Tenzierung. Referent: Genosse Rehbecker R. Immolde. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines. — Die Genossinnen und Genossen werden erachtet, zahlreich und plausibel zu erscheinen. Die Verwaltung.

## Bezirk Cotta.

Sonnabend den 17. September 1911: Exkursion in das Krematorium. Die Teilnehmer treffen sich früh 8 Uhr am Schusterband; dasselbe erfolgt auch die Kartenabgabe. Preis 15 Pf. Einer zahlreichen Beteiligung steht entgegen. Die Bezirksleitung.

## Bezirk Löbtau.

Dienstag den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgergarten, Büdeler Straße Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Politische Zusätzlungen. Referent: Genosse Rehbar. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Genossinnen und Genossen werden erachtet, zahlreich und plausibel zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Klotzsche - Rähnitz und Umg.

Sonnabend den 17. September, abends 9 Uhr auf dem Platz im Untergeschoss zu Rähnitz

## 1. Bezirks-Feststell-Fest

befehlend in Sitzung, Beleidigung u. Gewalttat, fremdländische Kulturrührungen, Räuber-Spielen sowie ähnlichen Maßnahmen, Betriebe, Sänger und Rabatte.

Vor 4 Uhr nachm. 1911: **Großer Öffentlicher Ball.**

Ende zum Schlag 11 Uhr im Restaurant zur Felsenburg, Rähnitz.

Wiederhold und der Sozialist Wiederhold 8 Uhr.

Die einzelnen Vereine laden Einzelheitliches in ihre Vereinslokale und werben erachtet, zahlreich und plausibel zu erscheinen. Das Bezirkskomitee.

## Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Wiederhold 8—1 Uhr  
Wiederhold 8—1 Uhr  
Kammes 86 7 Uhr  
Kurs 774

Donnerstag den 21. September 1911, abends 8 1/2 Uhr  
im Drei-Königer-Hof in Löbtau

## Kreis-Versammlung.

Eröffnung:

## Bericht vom Parteitag in Jena.

Die Genossen und Genossen werden erachtet, zahlreich in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

### Deutscher

## Arbeiter-Stenographen-Bund

(System Arendt)

Soziale und politische Ausbildung, Kritik, Propaganda.

## Neue Unterrichtsfürze

In der 1910 neuzeitlichen Lehre von Stenographie beginnen:

Dresden: Sonntag ab 12. September, Sonntags 10 Uhr, im Reichshaus der Stadt, Domstädter Straße.

Sonntag ab 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im Wolfshaus.

Sonntag ab 12. September, abends 8 1/2 Uhr, in Dahme.

Wiederhold 8 Uhr 1/2 Uhr.

Großdeutsch: Sonntag den 17. September, Sonntags 11 Uhr, Gellert.

Kaisert: Sonntag den 21. September, abends 8 Uhr, im Gellert.

Cannawitz: Sonntag den 21. September, abends 8 Uhr, im Kaisertempel, Weißensee.

Weisskirche: Sonntag den 21. September, Sonntags 11 Uhr, im Kaisertempel, Weißensee.

Radeberg: Sonntag den 21. September, Sonntags 10 Uhr, im Kaisertempel, Weißensee.

Unterricht und Lehrmittel 2 M.

Unterrichtsdauer ca. 10 Stunden.

Salzgitter: Wiederhold 8 Uhr.

### Die Bezirksleitung.

NB: Ja oder Nein, ob eine neue Unterrichtsfürze stattfinden kann der Unterricht freilich entscheidet. Auf Wunsch werden in jedem Orte für Sommer- und Winterzeit, Unterrichtsfürze abgehalten. Die Beauftragten werden Ihnen entgegen: P. Schäfer, Dresden, Südstadt 12, 1/2 Uhr.

Wiederhold 8 Uhr 1/2 Uhr.

</

# Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Freitag den 15. September 1911.

22. Jahrgang.

Nr. 214.

## Sächsische Angelegenheiten.

Die rote Königin.

Urtreifähigen Sefern zeigt freilich der erste Blick in die Unzwecktheit der Frau Toelli, daß die Verfasserin als geschicktefrau der Welt nichts zu geben hat. Sie befreit nicht Gabe, Wissenschaftlich richtig zu beobachten, und von politischen Sorgen hat sie so rührend-naive Vorstellungen, wie man sie einer Frau, die viele Jahre in der Nähe politischer Kreise lebt hat, kaum für möglich halten möchte. So kommt es, so sie det, wo sie ihrem Erfindungstalent die Fügel schließen will, auf den Boden der Wahrscheinlichkeit unter den Füßen sitzen und Gedichten austausch, die sie den Namen einer Gruppe von Klinghausen eintragen müssen.

In diesem Sinne wirkt ganz reizend durch seinen unheimlichen Humor ein Historiker, das sich nach den Toelli-Memoiren im Jahre 1904 zugezogen haben soll, und bei dem folgenden Hergestellt: Eines Tages erscheinen auf Schloß Arzberg zwei Männer, die sich als Führer der sozialdemokratischen Partei in Sachsen bezeichnen und die ame bitten, unter ihrem Schutz nach Dresden zurückzuschreiten, so die Regierung gestürzt werden sollte. „Und Sie“, fallen die sozialdemokratischen Führer gezeigt haben, „werden die rote Königin von Sachsen werden, der das Volk, das Ihnen immer treu und ergeben gewesen, die Treue halten wird.“ Frau Luisa will es aber abgelehnt haben, sich an einem Plan, der dem König zum Schaden gereichen möchte, beteiligen.

Man sieht, welche abenteuerlichen Vorstellungen von der sozialdemokratie in Ostpreußen zu Hause sein müssen, wenn man Toelli darauf redet, für solche Gedanken gläubige zu finden zu können. Oder aber — der Gedanke an eine sicherere Möglichkeit taucht auf — sollte Frau Toelli selbst e einzige Gläubige dieser Gedachte sein und sollte sich die manische Unterredung wirklich abgespielt haben? Dann wäre es doch interessant, die schriftlichen Dokumente kennen zu lernen, die eine unglaubliche Frau im Vertrauen auf ihre unbändige Unwissenheit in eine Falle zu locken versuchten!

Das Wahrscheinlichste ist jedoch, daß die ehemalige Kronprinzessin auch hier Phantasiegebilde und Wirklichkeit nicht voneinander trennen wußte. Das trifft wohl zum Teil auch auf eine Darstellung zu, die sie von ihrer bekannten Rücksicht auf Dresden im Dezember 1906 gibt. Sie erzählt darüber unter anderem folgendes:

„Wir kamen noch Dresden ganz früh am Morgen; es war fast so neblig, und die Sonne ging wie ein feuriger Ball in den Winterabend. Als ich über die alte Brücke fuhr, wurde ich von der Polizei fest übernommen. Ich kam mir wie eine Träumerin in einer Traumstadt vor, daß ich jetzt meinen geliebten Kindern nahe sei, mich wieder zu mir selber brachte. Ich ließ den Wagen in jedem kleinen Feuerstrahl halten; als ich müdig wurde, kam er auf mich zu, um mich zu bedienen, und ich nahm meinen hohen Schleier hoch und blickte ihn an. Der arme Mann war so erschöpft, daß er einige Minuten lang nicht sprechen konnte, und als schreckliche Worte kamen, vermutlich er nur zu flüstern: „Unsere Tochter!“ Als ich über den Markt nach dem Taschenringplatz ging, wurde ich von einem Mann geholt, der mich fixierte. Ich schaute nicht darum und eilte dem Polizeikontor zu; mit zitternden Händen wollte ich eben auf den elektrischen Knopf drücken, als eine Hand plötzlich ergriffen wurde und ich den Mann sah, der vorher meine Aufmerksamkeit erregt hatte. Er zog den Hut und verbeugte sich. „Königliche Höchst!“ sagte er. „Sie kennen den König oder die königlichen Kinder nicht jeden!“ Wer sind Sie?“ fragte ich. Er legte seine Hand auf meine Schulter und sagte: „Der Kanzler war sehr bekannt, und Sie müssen sofort mit mir zu Ihrem Hotel zurückkehren!“ Als er so sprach, er ein Pfeilsignal und zog Schnur entzünden. Ich sah, daß Bilderrand auslösbar sein werde, und erwiderte ihn, aber ich glaubte, dieser Augenblick war einer der erleidenden Stunden meines Lebens. Ich blickte zu den Männern hinauf, die lange Zeit mein Gehör waren, aber ich sah wie durch einen Zaun geschieht. Ich nahm aber oft meinen Hut zu Hilfe, denn ich mit der Wache einer Entstehung der Maria Theresia. Polizei geleitete mich zum Hotel Bellevue gegenüber der Oper, da vor mein vertrauter Wagen, und ich gedachte der Tage, wo im königlichen Wagen dahin fuhr und mir niemals traurig ließ, daß einmal in meiner eigenen Hauptstadt zu Fuß reisen werden sollte.“

Im Hotel befandt sich der Polizeichef; er bemühte sich um Abzusuchen und sagte schroff: „Frau Gräfin, ich bin in Dresden sofort verhaftet können.“ Ich trat in die Mitte des Raumes vor. „Sie kann sich!“ sagte ich, „einen Extratrag können nicht einer Königin anbieten, eine Gräfin Königswort darf einen nicht benutzen. Nehmen Sie zu den Ministrern zurück und sagen Ihnen, daß Lust von Sachen die Zeit ihrer Abreise ist bestimmt. Aber Sie können den Minister auch sagen, daß nichts zu beschaffen brauchen. Ich werde nicht an das Volk leben.“

Diese erzählte dann, daß sie einen Brief an den König geschrieben, der diesen auf einer „Jagd“ zugestellt wurde, die in aller Anstrengung worden war, um den König von Dresden fernzuhalten. Ich erfuhr dann, daß sie hing, daß der König, als er ihn sah, sehr erstaunt wurde und sofort einen Wagen zur Aufsicht bestellte, um die königliche Wache zu sehen. Meine Freunde hatten dies erzählt, berichtet sie, habe sie bei der wachsenden Erregung Bewußtsein auf Dingen des Polizeichefes sich aufsetzen lassen. „Dafür lasse ich Sie an, ich bitte Sie, Dresden zu verlassen.“ Ich schaute sie an, nicht die Ursache von Blut.

„All das ist die eigne Achter,“ sagte ich lächelnd. „Was kommen Sie, wenn ich das Auto v. lassen — nach dem Mittagessen.“ Bis vor dann das Bett erreichbar, erholt mich die am Eintritt angekommene Vollmengen und ein durchdringender Schrei lag auf: „Zum Fuße!“ Daum sah ich eine Szene, die ich nie vergessen werde. „Als mein Wagen voll Menschen, die Lust von erregten Menschen und führte zu dem Fahrzeug. „Lust, bleibt bei uns!“ Einige liefen zu den Köpfen der Wieder und suchten den Aufschlag. „Das zu treiben, andere drängten sich vor, meine Hand zu fassen.“ Und im Wagen auf und versuchte zu sprechen. Ein wildes Lachen erobt sich: „Lassen Sie Ihr Volk wissen, wie Sie

behandelt worden sind! Scheiben Sie ein Manufaktur und recht fertigen Sie sich! Hüchten Sie sich nicht, ganz Sachsen ist mit Ihnen!“ „Still!“ sagte ich, sobald ich mich verständlich machen konnte. „Macht keinen Lärm. Ich liege auch von ganzem Herzen. Denk an mich als eine unglaubliche Mutter, eines Tages werde ich reden und Euch alle die Wahrheit wissen lassen.“

Eine große Anzahl Dresdner, die dem Vorgange am 4. Dezember auf dem Theaterplatz beigewohnt haben, werden finden, daß in den Memoiren mindestens sehr übertrieben wird. So ist bestätigt auch die letzte Schilderung das Urteil, das wir über Toelli-Memoiren schon früher geäußert haben. Nichts verrät so deutlich die fast kindliche Naivität der Verfasserin über die herrschenden Verhältnisse wie das Märchen von der sozialdemokratischen Deputation, die sie hätten zur roten sächsischen Königin machen wollen. Kindisch verzerrte Bilder von den wirklichen Zuständen müssen in einem Kopfe herstellen, deren Trägerin jedes niederschreiben könnte.

### Ein alter Pfeffalauer.

der zugleich einer der ältesten Kämpfer der Arbeiterbewegung war, ist in Leipzig gestorben. Im Alter von 72 Jahren ist der Schneidermeister Julius Nöthling der Partei entzogen worden. Er gehörte zu den Gründern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Für dessen Entwicklung er damals in Leipzig mit Leidenschaft eingetreten. Sein entschiedenes Eintreten für die Dörflesche Bewegung brachte ihn fortwährend in Konflikt mit der Richtung Bebel-Liebknecht, die in Leipzig die Freiheit der Arbeiter hinter sich batte. Manch hartes Strauß hatte er da auszuscheiden. Nach der Einigung der Dörflesche und Eisenacher im Jahre 1875 ging Nöthling vollständig in der geeinten sozialdemokratischen Partei ein, in ihr hat sein Herz geglüht bis zum letzten Atemzug für die Befreiung des Proletariats.

In der Zeit des Sozialistengesetzes trat Nöthling häufig als Redner hervor. Eine Zeitlang war er auch Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins für den 12. Reichstagwahlkreis. Auch in der letzten Zeit ist er noch öfter als Redner hervorgetreten. Sein Humor kam auch überall in seinen zahlreichen partizipationsgeschichtlichen Erinnerungen, die er in der Leipziger Volkszeitung niedergeschlagen hat. Nöthling ist den deutschen Arbeitern früher auch als Verleger der sozialistischen Schriften bekannt geworden, wodurch er die sozialistische Propaganda wesentlich gefördert hat.

### Ein unglaubliches Urteil

ställte am Donnerstag das Bayreuther Landgericht als Berufungsinstanz in einer Klage der Staatsanwaltschaft resp. des Fabrikdirektors Strobach von der Firma Bielefeld u. Söhne in Schönbach als Nebenkläger gegen den Geschäftsführer Schnettler von der Volkszeitung in Jüttau. Die Verhandlung wurde von dem der Verteidigung in Dresden vertretenen Landgerichtsdirektor Beindt geleitet.

Das Schöffengericht in Jüttau hatte Schnettler zu 75 M. Strafe verurteilt. Das Gericht hatte eine einfache Beleidigung darin erkannt, daß die Volkszeitung eine der Redaktion zugegangene Postkarte abdruckte und ebenso bewerte, wie die Karte die Redaktion sowie die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die Arbeiter der Firma Bielefeld u. Söhne im besonderen bewerte. Die Postkarte war mit Strobach unterschrieben, daher nahm die Redaktion der Volkszeitung an, daß der höhnische Inhalt der Karte ein Ausflug der Wit sein könnte, die Strobach infolge einiger gegen selinen Betrieb gerichteter und in der Volkszeitung erschienener Artikel bezeichnete. Es stellte sich aber nachträglich heraus, daß Strobach die Karte nicht geschrieben, sie also gefälscht und die Redaktion der Volkszeitung das Opfer einer Abschlafaktion geworden war. Erwähnenswert ist die erste Anklage zu dem genannten Urteil.

Der Verurteilte sowohl als auch die Staatsanwaltschaft legten gegen das Urteil Berufung ein. Das Landgericht ging in taum glaublicher Weise über das Urteil der ersten Instanz hinaus. Die Berufungsinstanz konstatierte im Gegenfall zum Schöffengericht verkehrsmäßige Beleidigung und erhöhte die Strafe zu 75 M. auf 500 M. oder 2 Monate Gefängnis. Das Urteil durfte gewiß allerseits mit starkem Kopfschütteln aufgenommen werden.

### Der neue Leipziger Hauptbahnhof.

Neben den Fortgang der imposanten Bahnhofsgebäuden in Delitzsch wird im Dresdner Journal folgende Darstellung veröffentlicht: Die erste Hälfte des gewaltigen Leipziger Bahnhofsbaues, das preußische Empfangsgebäude mit seinen Anlagen, das jetzt mehr und mehr der Fertigstellung entgegen. Am Außenbau ist man so weit vorgeschritten, daß gegenwärtig schon die letzten Dacharbeiten auf dem Empfangsgebäude in Angriff genommen werden sind. Auch die Bildhauerarbeiten im Hauptportal auf preußischer Seite schreiten rücksichtsvoll voran und sind großartig schon vollendet. Die ionischen Kapitelle mit ihren reichen Verzierungen treten jetzt schön in ihrer Schönheit heraus. Großer Interesse beim Publikum finden auch die über dem Haupteingang angebrachten Skulpturen. Neben ihrer Bedeutung wird viel geschriften. Die Figuren sollen die einzelnen Arbeitsschritte darstellen, die beim Bau des Hauptbahnhofs mitgewirkt. Von links nach rechts gesehen sind das: ein Schlosser, ein Steinmetz, ein Ingenieur, ein Architekt, ein Zimmermann und ein Gebärdarbeiter. (Der Maurer scheint vergessen zu sein). Was die Querbahnsteig-Anlagen betrifft, so ist man augenblicklich schon dabei, die Ablösungen niederzulegen, die die Kuppel des Querbahnsteiges tragen. Im ersten Hallenfeld (indem gesetzt sind auf preußischer Seite drei solcher Felder) ist die Rüstung dieser Tage bereits gesetzt. Wenn man diesen seitlichen Teil betrachtet, so bekommt man eigentlich erst einen richtigen Begriff von den riesigen Dimensionen des großen Bahnhofes der Stadt. Die Zwischenbinder, die die Hede der Querbahnsteigkölle darstellen, würden sich in einer freien Spannweite von 30 Meter von den drei großen Anschlußbindern (die drei Remonten befinden sich vor den Gleisen) bis hinüber nach dem Empfangsgebäude. Die Herstellung dieser Zwischenbinder ist ein Meisterwerk der Baukunst. Um der großen Last, die diese Zwischenbinder zu tragen haben, mit Sicherheit begegnen zu können, hat man in den Beton ganz besonders starke Rundbisen eingeklebt. Die architektonische Ausgestaltung, wie man sie in den jetzt fertigen ersten Hallenfeld des Querbahnsteiges sehen kann, ist vornehm bei aller Einfachheit. Die innere Überdeckung des Querbahnsteiges ist eingeteilt in riesige plattflächige Decken, wobei die Wände, die auf dem Querbahnsteig und das ist die immensen Halle von Platz, die auf dem Querbahnsteig und auf die Querbahnsteighallen aus den hohen schmalen Fenstern und aus dem Oberlichtdach geworfen wird. Was die Querbahnsteighallen angeht, die besonders in Eisenkonstruktion zur Ausführung gelangen

und eine Länge von circa 200 Meter haben, so sind von den drei großen Hallen, die auf Breuken kommen, zwei bereits fertigmontiert und eingedeckt. Die dritte große Querbahnsteighalle wird im nächsten Monat vollendet werden. Es sind davon noch sechs eiserne Bogen bzw. Binder aufzustellen. Die Spannweite der Bahnhofshallen ist ebenfalls eine enorme. Sie beträgt bei der einen großen seitlichen Halle 42; Meter und bei den anschließenden beiden Hallen noch dem proportionierten Abstand der Höhe zu je 45 Meter. Die Eisensteile sind bisher ungefähr 40 000 Rentner für die Bahnhofshallen geliefert worden. Die Fertigstellung des preußischen Teiles des Hauptbahnhofes wird am 1. Mai 1912 erfolgen. Nach dieser Zeit soll der Abbruch des preußischen Thüringer Bahnhofes bezüg. des Dresdner Bahnhofes vor genommen werden. Der zweite Teil des neuen Hauptbahnhofes, der auf diesem Terrain für die sächsische Bahn zu errichten ist, wird zwar im großen und ganzen dem ersten Teil gleichen, doch erhalten hier einzelne Räume, die zum Empfang der höchsten Herrschaften bestimmt sind, andere Ausgestaltung.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei der Mausader Straße bei Borna wird noch folgendes mitgeteilt: Als die Stelle, an der sich der verhängnisvolle Vorgang vollzog, ist jetzt der sogenannte Böhmische „Hungerstein“ in Oberposta festgestellt. Auf dem linken Flussufer breitet sich dort ein großer Sandbagger aus, der sich bis in die Stromsmitte fortsetzt und dann in einer Tiefe von 3 bis 4 Meter abschlägt. Hierzu sind noch Wasserfälle von 6 bis 7 Meter vorhanden. Den Uferwegen sind diese gefährlichen Stellen bekannt, seitens des Militärs waren sie aber leider unbeachtet geblieben. — Ein Soldat mit Schlosserwetter ging Donnerstag abend in Richtung Eisenberg-Gallenberg weiter. Es war begleitet von wasserbeschlagtem Regen. Die Höhle, die bis zu einem Gewicht von 30 Gramm stieg, haben im Götzen und Hohen großen Schaden angerichtet; auch manche Fensterscheibe ist zertrümmert worden. Die Wasserfluten hätten die Straßen und drangen in die Keller ein. Der Rödligbach verursachte die Wassermassen kaum zu führen. Die Brücke wurde beschädigt und das Boot ausgerissen. Ein Mann, der bei den Schleusen arbeitete, wurde mit fortgeschleppt. Er verlor sich jedoch noch zu retten. — Er schwamm bis sich der 35 Jahre alte Staatsanwaltschaftsleiter Karl Stier im Anschlagsgebäude zu befinden schaffte es Stolberg. Der Grund dazu ist unbekannt. Dienstlich hat sich der Mann nichts zuschulden kommen lassen. — Ein schwerer Wandschaden ereignete sich auf der Straße vom Kleinolmendorf nach Madelburg. Auf dem Helmatische nach ihrem Querkerb war die 12. Kompanie des Schützen-Regiments befestigt. Der Lieutenant Geitherr v. Uslar-Gleichen hatte den Befehl erhalten, im Quartier-Teilnahmewerke bereit zu stehen und sollte deshalb auf seinem Rad nach dem Radeberger Krankenhaus übergehen. — Mittwoch nachmittag entstand in der Nähe des Rathauses, unweit der Kirche Königstein, aus noch nicht ermittelten Ursachen ein Waldbrand, der infolge der Trockenheit sehr schnell eine große Ausdehnung annahm. Aus den benachbarten Ortschaften eilten die freiwilligen Feuerwehren herbei, und auch Militär mußte reagiert werden. Sie hatten besonders die in der Nähe des Brandherdes gelegenen drei Eimernsdorfer, Steinbergshübel und Krippen zu schützen, da bis dorthin die brennenden Bäume geschleudert wurden. Inzwischen ist der Brand durch eintretenden Regen gelöscht worden. Es sind 130 Hektar Ackerfläche vernichtet worden. — In dem Hohenstein-Beckensee des herzoglichen Waldes östlich des Bahnhofes Steinbergsteine entstand gestern nachmittag ein Brand, der außerordentlich rasch um sich griff. Bis zum Abend waren zwei Quadratkilometer Waldbestand in Flammen. Noch am Nachmittag wurde ein Waldbrand aus Böden unter dem Verdacht, durch Zündholz entstanden, das Feuer verschuldet zu haben, verhaftet. Gegen Abend brach auch in der Nähe der Brüderhöhe ein Waldbrand aus, der ebenfalls nur mit großer Schwierigkeit bekämpft werden konnte.

## Stadt-Chronik.

### Kroßes Wohnungselend.

Wir haben in letzter Zeit wiederholt auf die unerhörten Wohnungsverhältnisse hingewiesen, die in Dresden zurzeit bestehen, weil die Arbeiterwohnungen bei weitem nicht für den Bedarf ausreichen. Für die Stadtverwaltung, die die Wohnungslosen natürlich um Beschaffung von Obdach angehen, entstehen die größten Schwierigkeiten. Dieser Zustand wird in drastischer Weise amlich bestätigt durch ein Birkular, das dieser Tage den Obmännern der Armenpflegervereine vom Armenamt zugestellt worden ist. Wir erhalten eine Abschrift dieses Schriftstückes, das folgenden Wortlaut hat:

Dresden, den 28. August 1911.

Die Zahl der Obdachlosen, die beim Armenamt um Unterkommen nachsuchen, steigt fortgesetzt. Räumlich für Familien mit starker Kinderzahl ist es schwierig, Wohnung zu finden, aber auch Familien mit weniger Kindern sind schon seit Monaten vom Armenamt auf öffentliche Kosten untergebracht.

Der Grund, weshalb die Leute eine Wohnung nicht finden, liegt außer in der Kinderzahl meist daran, daß sie den Hausbesitzern keine genügende Gewalt für eine prompte Begleichung des Mietzinses bieten.

Um dieses Hindernis zu beseitigen, ist das Armenamt bereit, nicht nur größere Mietzins-Unterschreitungen zu bewilligen, sondern auch in geeigneten Fällen dem Hauswirt gegenüber auf die ganze Dauer des Vertrags die volle Garantie für die Bezahlung des Mietzinses — vorbehaltlich einer Kündigung — zu übernehmen.

Wir danken den Armenpflegervereinen hierfür Kenntnis mit dem dringenden Erfüllen, um bei der Vermittlung von Wohnungen für obdachlose Familien mit hilflich zu sein. Zu diesem Zwecke ersuchen wir zunächst mit möglichster Beschleunigung festzustellen, ob in ihrem Bezirk noch kleine Wohnungen bis zum Preise von etwa 360 M. freistehen.

Sollten sich solche Wohnungen vorfinden, so werden die Armenpflegervereine erneut mit dem Hausbesitzer sofort darüber zu verhandeln, daß er die Wohnung an eine ihm vom Armenamt zugewiesende Partei vermietet mit der

Mahgabe, daß vom Armenamt die Zahlung des Mietzinses gewährleistet wird.

Bei der Zuweisung würden nur solche Familien in Frage kommen, gegen die nichts vorliegt und wo der Mann seinen geregelten Verdienst hat.

Von dem Erfolg der Verhandlungen bitten wir uns unter näherer Angabe über die erlangten Wohnungen umgehend zu benachrichtigen.

Der Rat zu Dresden.

Armenamt.

Dr. Dehne.

Eines Kommentars bedarf dieses Schreiben, daß die außerordentliche Verlegenheit der Stadtverwaltung zeigt, wohl nicht. Das Dresdner Wohnungselend zeigt sich darin in geradezu aufreizender Weise. Alles das, was die Sozialdemokraten im Stadtparlament schon vor Jahren voraus sagten, ist eingetroffen. Man stimmt damals ihre Anträge, die einer drohenden Wohnungsnott vorbeugen sollten, rücksichtslos im Interesse der Hausbesitzer nieder. Die Maßregeln, die von der Stadt nunmehr getroffen sind, kommen viel zu spät; sie können der gegenwärtigen Wohnungsnott nicht abhelfen. Die Hausbesitzer-Interessenpolitik rächt sich in der schlimmsten Weise, unfeine Warnungen erwiesen sich als durchaus berechtigt. Die Stadt muß nun große Opfer bringen, um dem Allerfamilien zu begegnen, zahlreichen Arbeitern aber wird das Familienleben wegen Wohnungsmangels zur Pein gemacht. Die Stadtverwaltung verdient die schärfste Kritik für ihr früheres Verhalten.

#### Sozialdemokratische Anträge im Stadtverordneten-Kollegium.

Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums hat gestern folgende Anträge beschlossen und ein gebracht:

##### Gegen die Leuerung:

Im Hinblick darauf, daß die teilweise Rückerneuerung dieses Jahres die bestehende Leuerung noch wesentlich verschlimmern muß und dadurch ein schwerer Notstand in den Kreisen der minderbemittelten Einwohner sicher zu erwarten ist, wolle das Kollegium beschließen, den Rat zu ersuchen:

1. bei der Landes- und Reichsregierung batig vorstellig zu werden, daß alle Zölle auf Nahrungsmittel und die Grenzsperrte für die Einfuhr von Vieh aufgehoben und das System der Einfuhrkörbe beseitigt werden.

2. Vorkehrungen zu treffen, den minderbemittelten Einwohnern zu ermöglichen, Nahrungsmittel zum Selbstkostenpreis zu beziehen.

3. Eine größere Summe bereit zu stellen, um armen Familien, die durch die Leuerung in Not geraten sind, außerordentliche Unterstützungen gewähren zu können.

##### Gegen die Wohnungsnott.

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen:

1. Die unhygienischen Zustände in den Räumen zu beseitigen, in denen obdachlose Familien untergebracht sind und schleunigst dafür Sorge zu tragen, daß eventuell unter Verwendung von Döser-Baraden menschenwürdige Unterkunft für obdachlose Familien geschafft wird.

2. Den Neubau von Kleinstwohnungen eventuell unter Verwendung weiterer städtischer Mittel energisch zu befürworten.

##### Ein Jubiläum.

Man schreibt uns: Auf das fünfzigjährige Bestehen kann das Institut der Roten Dienstmannschaft Dresdens zurückblicken. Am 15. September 1861 wurde ein Dienstmann-Institut von dem Kaufmann Eduard Geude und dem Buchhändler Julius Heinze mit 50 Mann eröffnet, und zwar mit beratig gutem Erfolge, daß in Kürze weitere 50 Mann eingestellt werden konnten. 1863 betrug die Mannschaftszahl schon 300. Sie war auf Kosten der Unternehmer mit gleichmäßiger Uniform und den nötigen Transportgerätschaften ausgerüstet, und es erhielt der Mann einen festen Wochenlohn von 2 Taler 15 Neugroschen bis 3 Taler, hatte aber den ganzen Verdienst an die Unternehmer abzuliefern. Im übrigen war die Organisation eine streng militärische. Weitere Leser erinnern sich vielleicht noch der 1863 auf dem Neumarkt abgehaltenen letzten großen Dienstmann-Parade". Infolge der auch für die damalige Zeit viel zu geringen Entlohnung streitten die Dienstmänner nach Selbständigkeit, stießen dabei aber auf den Widerstand des Unternehmers und der Behörden. Nach langen Kämpfen (wir erinnern dabei an den vierjährigen Dienstmann-Krawall im Oktober 1868) trat Herr Geude im Jahre 1871 infolge gültlicher Vereinbarung zurück und es erfolgte am 15. Januar die Gründung der heute noch bestehenden ersten roten Dienstmanns-Genossenschaft "Expres". Mit dieser Gründung waren große Vorteile sowohl auf Seiten des Publikums als auch der Dienstmänner verbunden. War bisher doch der Unternehmer der Alleinverantwortliche und daher in der Aufnahme der Leute unbeschränkt, so trat jetzt ein Umschlag zum Besseren ein. Den Dienstmännern verblieb ihr voller Verdienst als Eigentum bis auf eine geringfügige wöchentliche Spende zur Genossenschaftskasse. Die Genossenschaft hat in den vergangenen 40 Jahren seit ihrer Gründung tausende Verdienst und Arbeit für längere oder längere Zeit gewährt, hat so manchen vor großer Not bewahrt und damit auch gemeinsam gewirkt. Mögen die roten Dienstmänner als gewissenhafte, treue Helfer weiter ihres Amtes walten.

##### Straßenbahn-Klagen.

Man schreibt uns: Recht unangenehme Wahrnehmungen macht man, wenn man abends zwischen 6 bis 7 Uhr mit der Linie 7 nach Neustadt fahren will. Während von Löbtau ein Wagen nach dem anderen hereinkommt, ist es am Postplatz wie abgeschnitten. Von hier verkehren nur die fahrlässigen Wagen. Wer nun beim Aufsteigen auf seine lieben Mitmenschen Rücksicht nehmen will, dem kann es passieren, daß der Wagen voll ist und er nachsehen kann. Mir ist es wenigstens öfter so gegangen. Ich habe dann den Rat die Fahrt gekündigt und bin gelassen. Heute (Donnerstag) war es infolge des Regentwetters noch schlechter. Wenn es mir nicht um die Zeit zu tun wäre, ich würde ja auf das Vergnügen, mich unter bis zu 17 Personen auf den Borden pertron herumzudringen, gern verzichten. — Der Straßenbahndirektion zur Beachtung empfohlen!

##### Arbeitslosenzählung.

Das Dresdner Gewerkschaftsamt hat am Donnerstag den 31. August eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen, an der sich von den 54 dem Gewerkschaftsamt angehörenden Gewerkschaften, die 65 Zahlstellen haben, 41 mit 50 Zahlstellen beteiligten. Das Ergebnis ist das folgende:

Gewerkschaft	Befragte Mitglied.	Daten waren am 31. August arbeitslos	In Proz.
Spaltwaren und Papierbedarfs	154	14	9,09
Kaufarbeiter	6600	158	2,39
Bildhauer	198	8	4,04
Bildhauer Potschappel	21	—	—
Blumenarbeiter	441	85	19,27
Blütdter	245	4	1,63
Brauerei- und Mühlenarbeiter	1849	2	0,11
Buchbinden	1731	25	1,44
Buchdrucker	1548	94	6,07
Buchdruckereihilfsarbeiter	898	11	1,23
Bureauangestellte	252	4	1,59
Daubeder	294	16	5,53
Fabrikarbeiter	3852	18	0,34
Fabrikarbeiter, Blauenicher Grund	2281	2	0,09
Fleischer	180	9	5,00
Frisurgehilfen	135	31	22,90
Gärtner	359	15	4,18
Gartmührgesellen	989	54	11,51
Gemeinde- u. Staatsarbeiter	1576	3	0,19
Glasarbeiter	193	9	4,68
Glasarbeiter, Blauenicher Grund	432	8	0,99
Glaeser	123	1	0,81
Handlungsgesellen	913	4	0,44
Holzarbeiter	5082	54	1,06
Holzarbeiter, Wilsdruff	239	1	0,42
Hunrarbeiter	2983	710	23,80
Hölzerer und Steinholzleger	62	—	—
Kupferschmiede	162	7	4,31
Kürschner	139	—	—
Lederarbeiter	221	2	0,90
Lederarbeiter, Blauenicher Grund	97	—	—
Lithographen und Steindrucker	1084	61	5,90
Maler und Lackierer	1545	102	6,60
Maßschneider und Heizer	485	13	2,68
Maßschneider u. Heizer, Bl. Grund	179	5	2,79
Metzgallarbeiter	18944	283	1,67
Porzellanarbeiter	396	1	0,25
Porzellanarbeiter, Potschappel	130	—	—
Sattler und Sattelfüller	477	2	0,43
Schmiede	969	1	0,10
Schuhmacher	1731	29	1,68
Schuhmacher, Blauenicher Grund	29	1	3,45
Steinmärbeiter	896	12	3,08
Steinseifer	84	7	8,38
Stoffkästere	110	1	0,91
Tafelarbeiter	1720	18	0,76
Tafelarbeiter, Blauenicher Grund	408	8	0,64
Tapezierer	410	32	7,80
Textilarbeiter	653	2	0,31
Töpfer	5017	25	0,50
Transportarbeiter	—	—	—
Sigarettensortierer und Zigarettenbinder	—	—	—
	66430	1932	2,91

Darunter sind 56 471 männliche Mitglieder, von denen 1126 (1,99 Proz.) arbeitslos waren, und 9860 weibliche Mitglieder mit 86 (0,99 Proz.) Arbeitslosen; Sterne und Invaliden sind nicht mitgezählt. Von den Arbeitslosen haben 22 (1,14 Proz.) Personen mit der Arbeit ausgelegt.

Gegen die Zahlung vom Montag den 31. Juli d. J. ist die Zahl der Arbeitslosen um 0,07 Proz. gesunken. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen ist von 1,88 Proz. auf 1,99 Proz. also um 0,11 Proz. gestiegen, die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ist von 0,19 Proz. auf 0,20 Proz. also um 0,01 Proz. zurückgegangen.

Brieftelegramme werden am 1. Oktober in Deutschland verschlußfrei eingeführt. Es sind dies Telegramme, die in der Nacht an den Bestimmungsort telegraphiert und dort wie gewöhnliche Briefe möglichst mit der ersten Bestellung abgefragt oder abholern in der üblichen Weise ausgehändigt werden. Jedes Wort kostet 1 Pf., mindestens aber 50 Pf. für jedes Telegramm mit Aburkung auf 5 Pf. nach oben. Brieftelegramme dürfen nur von 7 Uhr abends bis 12 Uhr nachts aufgeliefert werden. Es kann dies bei allen Annahmestellen für Telegramme erfolgen. Sie können auch brieflich auf jeden Verkehr zwischen bestimmten Orten Brieftelegramme können aber auch über diese Orte hinaus innerhalb Deutschlands mit der Post weitergeschickt werden. Die Telegramme erhalten den gebührenpflichtigen Vermeter "Vft" oder "Brieftelegramm" vor der Adresse. Sie dürfen nur in offener Sprache abgesetzt sein. Die Wortzahl ist schon vom Absender anzugeben. Es ist auch eine vereinbart abgeklärte Adresse und die Bezeichnung "postlagernd" zulässig. Die Vermeter "dringend", "Antwort bezahlt", "Vergleichung", "telegraphenlagernd", "Empfangsanzeige", "mehrere Adressen" und "einschreiben" werden dagegen nicht zugelassen. Eine Abstellung ist nicht zulässig. Eine Nachmeldung erfolgt brieflich ohne Gebühr. Unbestellbare Brieftelegramme werden wie unbestellbare Telegramme behandelt. Der Einpendler findet nur auf das Telegramm selbst Anwendung, nicht auch auf gebührenpflichtige Diensttelegramme, die durch ein Brieftelegramm veranlaßt werden oder sich auf ein solches beziehen. Die Gebühr wird auf Antrag nur dann erhoben, wenn das Brieftelegramm durch Verschulden des Telegraphenbetriebes verloren gegangen oder später angelangt ist, als es bei Aufgabe und Beförderung als gewöhnlicher Brief mit der Post angelangt wäre.

Das heimatkundliche Schulmuseum des Dresdner Lehrervereins, Sedanstraße 19, bleibt wegen Vorbereitung einer neuen Viertelausstellung über das Moritzburger Teich- und Waldgebiet bis Michaelis geschlossen, doch kann die Ausstellung: "Aus der Entwicklung des Dresdner Schulwesens 1835-1873" auch fernerhin (mit Ausnahme der Ferien) Mittwochs und Sonnabends 4-6 Uhr besichtigt werden.

Der Deutsche Arbeiter-Stenographen-Bund (Sterns) beginnt in Dresden und Umgegend neue Unterrichtsräume. Genossen, denen es nicht möglich ist, an den Kursen (siehe Annonce) teilzunehmen, die Schrift aber brieftisch erlernen wollen, erhalten Unterricht durch P. Schliep, Dresden, Güldendorfer Straße 7, I.

Hygieneausstellung. Morgen Sonnabend findet auf dem Sportplatz der Ausstellung wieder ein großes Brillenfeuerwerk statt, das ebenso wie das letzte Feuerwerk, eine große Anzahl von Effekten und Prachtnummern aufweisen wird. Über das Programm wird noch Näheres bekannt geben.

Der Eintrittspreis beträgt an diesem Tage auch nach 7 Uhr 1 M., die Billette gelten aber zugleich für den Sportplatz. Wollt das Feuerwerk etwa wegen ungünstiger Witterung verzögert werden, dann behalten sie ihre Gültigkeit bis zur nächsten Veranstaltung.

Vermischte Nachrichten. Die Gerichtsferien erreichen heute ihr Ende. Es tritt nunmehr der Geschäftsgang in vollem

Umfange wieder ein. — In der hiesigen Frauenschule für drei Tage altes Kind von seiner Mutter, einem vor Unterkunft genommen hatte, erblüht worden. Seit einigen Tagen hatten mehrere junge Mütter in Potschappel ihre Taschen verausgabt und waren immer rasch in die Nähe einer Dame die handtasche, die wertvolle Gegenstände wußten sie festgenommen. Es sind die Arbeiterin Anna Häring aus Charlottenburg, 18 Jahre alt, und Gustav Eduard Böhnsch, 18 Jahre alt. Die drei, die durch ihre Haushalte von dem mit den Taschen erlangten Gelde bestreitet.

Die Kinderstiftungskommission Kaufhalle-Wöhlau verabschiedete gestern Sonntag ihren letzten Flusszug mit den beiden Abmarch-Punkten 1/3 Uhr von der Linde. Besichtigung

##### Aus der Umgebung.

Potschappel. Der Wasserstand der Weißeritz bei diesem trockenen Sommer gleich Null. Die Bierbude an den anlaufenen Ausflüchten belästigte die Einwohner eines Ortes in hohem Maße. Nachdem nun auf Beschwerde meindner veranlaßt, im Weißeritzbett auf Belebung und Schlamms und den geregelten Ablauf des Wassers hoffen, wird auch hier Rennbahn geschafft. Die Gemeinde hat zur Verstärkung dieser Arbeiten vorübergehend fünf Arbeitern und Materialien zugetragen. Es darf nicht unangebracht sein, bei dieser Gelegenheit etwas einzurichten.

Niederhäslich. Mittwoch nacht hat sich der hiesige Holzarbeiter Max Taufend in Cohnmannsdorfer Hütte bei der sogenannten Engländerei von einem Eisenbahngüterwagen überfahren lassen. Er wurde dem Krankenhaus in Deuben zugeführt.

Cossebaude. Der Ausschuß für die Errichtung eines Bischof-Turmes auf der Herrenklippe nahm in seiner letzten Sitzung "mit Bedauern" davon Kenntnis, daß das Ministerium des Innern die Genehmigung zur Veranfertigung einer Geldlotterie zugunsten des Turmbaufonds versagt habe. Nach langer Debatte wurde daraufhin beschlossen, unter den obwaltenden Umständen von dem Turmbau abzusehen, da man ohne die Lotterie das notwendige Geld nicht zusammenbringe.

Arme Patrioten! Es hat nicht sollen sein.

Dobritz. Morgen Sonnabend abend 8 1/2 Uhr findet eine Besprechung aller Eltern schulpflichtiger Kinder unseres Ortes im Gasthof statt.

Wilsdruff. Der Stadtgemeinderat hat bekanntlich beschlossen, die Revidierte Städteordnung einzuführen. Es muss hierauf eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Gesetzes beauftragt. In den letzten Sitzungen wurde der Entwurf des Ortsgesetzes durchgebracht. Danach bilden Stadt und Stadtverordneten zwei getrennte Körperschaften, während bisher die Verhandlungen gemeinsam abgehalten wurden. Die Zahl der Stadtverordneten wird von 10 auf 12 erhöht, wovon die Unabhängigen 8 und die Unionistischen nur 4 Sitze erhalten sollen. (1) Früher war das Verhältnis, 6 Abhängige und 4 Unabhängige. Die Unabhängigen beantragen, ihre Zahl von 4 auf 5 zu erhöhen mit der Begründung, daß die Zahl der unabhängigen Wähler 350 beträgt, während nur 200 amtliche Wähler vorhanden sind. Es entpannt sich eine lebhafte Debatte, in der sich einige Hausbesitzer unter Hinweis auf die hohe Abgaben des Grundbesitzes bemühen, den Antrag zu Fall bringen, der jedoch mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt wurde. Die revidierte Städteordnung soll am 1. Juli 18 in Kraft treten; im übrigen wurde der Kommissionentwurf geringen Änderungen angenommen.

Vereinskalender für Sonnabend.

Buchbinderverband: Augustiner- u. Platzkramme. Abends 8 1/2 Uhr. Versammlung im Adams Restaurant, Paulsstraße 18.

6. Kreis. Bezirk Plauen. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Blauenicher Hof, Hofmühlenstraße.

Bezirk Potschappel. Vftrgt. Riedersteigweg, Döbeln. Abends 9 Uhr. Mitgliederversammlung im Goldenen Krone, Döbeln.

Bezirk Radebeul. Abends 9 Uhr. Mitgliederversammlung im Goldene Krone, Radebeul.

5. Bundeschor (Tetta). Abends 9 Uhr Familienabend im Schusterhof.

##### Gerichtszeitung.

###### Öffengericht.

erreichbar nicht durch Steigen angelöst. Das Gericht bezeichnete die Anstrengung als zu leicht bestehend; die Kompetenz des Richters und im Interesse der öffentlichen Ordnung. Die Sache steht auf 2 M. Strafe erkannt.

**Der Richter im Schlafzimmer.** Der 80 Jahre alte Arbeiter Schäfer war auf der Eisenstrasse in einem Grundstück zwischen zwei Wohngebäuden zu betreten. Dabei fand er einen Teilweise liegenden Ring im Wert von 400 M. ein. Schäfer ließ das Objekt überprüfen und verließ das Pfandamt. Er wurde verhaftet. Das Gericht erkannte unter den 8 Wochen der erittlichen Untersuchungshaft auf 2 Strafmaßnahmen und 8 Jahre Echternachstrafe.

#### Militärgerecht.

Im fortgeschrittenen Alter. Einem Ebenda im Juli passierte der Altenpeter vom Grenadier-Regt. Nr. 100 kurz nach 10 Uhr mit einem Kammerabend das Atemnot. Möglicherweise war es ruhig zu sein. Die Soldaten wachten nicht, von dem Tode und einer Antwort darauf: „Halt die St...“ erfuhr der Soldat von einer Ecke der Stuf. Sieben Minuten später wurden die Soldaten angeholt und von einem Unteroffizier gefangen. Dieser geringfügige Vorfall brachte dem Gefreiten die harte Strafe von 15 Tagen strengen Arrests ein und erhielt ebenfalls eine erhebliche Strafe. Bei Körperschaften nicht liegen geblieben war, und Sichtungsverlegung, weil er militärisch bekannt haben soll, angenommen. Er legte gegen die Sichtung ein und machte gestand, er habe den Jurur Sieben nicht auf sich begeben und auch gar nicht gehabt, von wem er kam. Unteroffizier gegenstand, daß er sich höchst anständig benommen habe, ihm gesagt, er sei zu spät eingepasst, was aber ein Fehler des Unteroffiziers war. Er habe den Unteroffizier in seine Freizeit darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht über die Zeit leben sei. Darauf habe der Vorgesetzte ihm gesagt, er solle sich halten und sich möglichst am nächsten Morgen solle er wegen zu vielen Einspielen melden! Die Verurteilung bestand gefolgt sich dann auch zu einer Rechtfertigung bestanden und das Amtsgericht erkannte auf Freisprechung.

#### Stadtverordneten-Sitzung

am 14. September.

Der Vorsteher Dr. Seidel eröffnet die Sitzung mit begrüßenden Wörtern, indem er dem Bünche Ausdruck gibt, daß die Bünche Kollegiums in den Sitzungen die gewünschte Erholung gefunden haben.

Unter den Registranden - Eingängen befindet sich ein Gesuch des Arbeitnehmers Reimann und Henzen, die Benutzung der Arbeitnehmerarten auf der städtischen Straßenbahn.

Die Bünche Kollegiums ist am Mittwoch Abend eingehender Besprechungen gewesen, und über zu keiner befriedigenden Entscheidung gelangt sei. Der Rat auf seinem Standpunkt stehen und habe keinen Anlaß abzugehen.

Sindb. Aihm (Sag.): Wir können in diesem Hause die Entlastung des Rats wirklich nicht verstehen. Die Sache, daß nicht alle Arbeiter, sondern auch Unternehmertreuen der Bünche laut der Bemerkung der Arbeitnehmerarten zu einer früheren Tagesszeit fallen, sollten den Rat überzeugen, daß es sich hier um Gemeinschaftsbedürfnis handelt. Da alle Anträge und Forderungen des Kollegiums, die zum Teil ja sogar weiter gingen als vorliegende Sache, hat sich der Rat aber nicht gehalten. Das stimmt mir dann gefallen, obgleich es besser gewesen wäre, es hier einmal gegen den Rat ganz energisch Stellung genommen zu haben.

Der Rat in diesem Sommer Gelegenheit genommen hat, einmal wieder bei Sitzung der Sitzungen den Vertrag auf dem nach den verschiedenen Abenden Stechenbahnen zu bearbeiten, war gegen das, daß oft an einer Haltestelle 10 bis 20 Fahrgäste wegen Erfüllung auf den nächsten Wagen warten müssten, der wird die ungünstige Bezeichnung nicht nur rückläufig, sondern direkt verhindern müssen. Wenn für den starken Anstieg zu Stechenbahnen in diesem Sommer auch die Höhengrenze aufgestellt zu machen ist, so hätte der Rat hierauf eben Rücksicht geben, doch, nachdem auch von anderer Seite eine Verhinderung der Arbeitnehmerarten gewünscht wird, der Rat kann nichts tun. Gregor bemerkt, daß er schon mehrfach darauf hingewiesen ist, daß die jetzige Sitzungssatzung der Arbeitnehmerarten bei neunstündigem Arbeitstag nicht genügt. Da der Sommer ummeide zu Ende geht, so sollte er hierauf heute nicht weiter verhandeln werden wie aber im nächsten Jahr mit dem Verlängern wiederkommen und ihm größeres Nachdruck verleihen. Sog. Geschäft geht an den Kasten.

Der Allgemeine Grundbesitzverein in Cotta erucht um den Bau der verlängerten Grädelstraße. Hierzu teilt er mit, daß die Verhandlungen mit den Anliegern zu seinem Leidwesen geführt haben, weshalb zurzeit von dem Ausbau ( Kosten: 25.000 M.) absehen werden soll. Man will jedoch nochmals darüber entscheiden.

Beth. (Sag.): bemerkt, daß er auf die dort herrschenden Umstände hinzuweisen sei, schon wiederholt hingewiesen worden. Man schaue die Sache wieder auf die lange Bank geschoben. Man schaue, als wenn der Rat noch nicht alle Mittel hat, um den wünschenswerten Ausbau der Straße zu ermöglichen. Es geht doch auch noch ein Entgegengesetz. Redner fordert die Erhaltung des Gefüges zwecks weiterer Verarbeitung an den Hauseigentümern. - Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Der Rat hat bestimmt die Vergabe von Band in Gebrauch für Kleinwohnungsbauten und die Gewährung eines kleinen Betriebszuschusses.

Der Rat will nun in diesem Jahr weitere Schritte in Gangsetzung nicht unternehmen, und ist in die Siedlung der Tagesarbeitnehmer einzgetreten, die weniger als 33, aber mehr untergeordnete Punkte umfaßt und in zeitlich jedem Minuten erledigt wird. In den meisten Fällen auf Verhandlung verzichtet.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße werden nach der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten. Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten. Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder beschlossen, zu dem Schulgelde für auskömmliche Kosten.

Der Befehl der Stadtgemeinde für die Urmens ausgesetzten für die Errichtung eines Neubaus für die Brüder Albertstraße ist abgelehnt und die Arbeitnehmerarten werden nach der Abschaffung der Albertstraße wieder besch



# **Sozialdemokratischer Parteitag.**

**Blauer Tag.**  
**Germittagssitzung.**

Jena, den 14. September 1911.

Die Tribünen sind überfüllt.  
Vorsitzender Diek eröffnet die Sitzung um 9 $\frac{1}{4}$  Uhr mit der  
Bemerkung, daß die Arbeiten des Vortagestages so rasch gefördert  
wurden, daß ein Zusatzabstimmung nicht mehr nötig sei.  
Dann wird die Tagesordnung beschlossen.  
Es ist eine Abstimmung über die Wahl eines Vorsitzenden des  
Parteivorstandes zur vierter Kommission, sowie zum  
Beauftragten für die Belegschaftsfrage.  
Die Abstimmung geht ein und wird mit 100 zu 0 abgelehnt.  
Vorstandsvorsitzender Diek teilt weiter mit, daß in der Marolfo-  
klasse des Parteivorstandes im vierten Absatz, dritte Zeile vom  
Anfang die Worte „ein Zustand, der“ ersetzt werden sollen durch  
die Worte: „der Staat, in dem Ihnen dieses gelang.“

Auf der Tagesschauung stehen  
die Reichstagswahlen.

魏徵 漢書

höchstes Beifall begrüßt. Führt aus: zunächst eine persönliche Bemerkung. Bekanntlich ist in der Vorversammlung am Anfang der Parteitag übereingekommen, daß die Wirtschaftsfrage und Frage der Reichstagswahlen in einem Referat zusammengefaßt werden sollen. Es hat sich allerdings bei näherem Zusehen herausgestellt, und mir ist auch von mehreren Seiten derselbe Gedanke abgetragen worden, daß es wohl am besten sein wird, wenn ich das Referat in zwei Teile zerlege, nämlich in die Frage berichtigungswünsche und in die Wirtschaftsfrage. (Bustimmung.) Ich ziehe aber zunächst die Wirtschaftsfrage behandeln, die uns ja wissenschaftlich am meisten interessiert. (Bustimmung.)

**Sie-Beratstrasse.**

Parteigenossen! Die Kolonialfragen haben in dem letzten Jahrzehnt einen erheblichen Umfang in der öffentlichen Erörterung angenommen. Alle Großstaaten sind bestrebt gewesen, entweder die reis befehlenden Kolonialgebiete erheblich zu erweitern oder ganz neue Kolonialgebiete sich anzulegen. Deutschland war ja bis in die älteren Jahre ein kolonialfreies Land, bis es endlich dem Drängen einer Kolonialenthusiasten gelang, selbst einen *Siemar*, bei der Kolonialpolitik nichts weniger als entglüht war, für sie einzutragen, so daß er seine Zustimmung zu der Erwerbung der *Gesäuse* in Afrika zunächst *Gildeweste*, dann *Ost-Afrika* und schließlich gab. Es liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie derartige Expansionsschreibungen in den verschiedenen Teilen der Welt sich bemerkbar machen, die alliierten Nationen der Gefahr ausgesetzt werden, in aller-Ronflikte zu geraten. Denn wie auf dem ökologischen Gebiete, auf dem Weltnatur, die Konkurrenz überall treibende Kraft ist und einer dem andern mit allen möglichen Mitteln zuvorkommen sucht, so ist nunmehr auch der Wettbewerb dem Gebiete neuer Kolonien in die Errechnung getreten. Es ist da verständne Gründen vor. Bündest wollte man neue Lagerstätten für die eigenen Waren gewinnen, dann wollte man die Rohprodukte für den eigenen Markt erhalten, drittes — und das spielt in Deutschland eine gewisse Rolle — man für die Verdüllung, da wir angeblich am Übersättigung Deutschland leiden, einen Ausgabekanal schaffen, wo seinem Erwerbe nützen kann in weiterer Verbindung mit dem von Österreich. Das Bedürfnis nach einem stetig ausgedehnten Export hat diese Prophete fast die Bourgeoisie über die ganze Erde gelegt. Überall muß sie sich sinnieren, überall die Verbindungen herzustellen. Die Civilisation und das Christentum, das sind angeblich die Haupttriebfedern, die diesen Kolonialtrieben, diesem Euchen nach neuen Absatzmärkten unterstreichend fremder Völker zugrunde liegen. Nun, die Kolonialgebiete, die wir in Europa vom Anfang des 16. Jahrhunderts ab besitzen können, ist eine Gesellschaft, die mit Blut gesiegt ist.

dem Kriege bis zum Ende mit Verbrechen besudelt  
bedachte Zustimmung.) Man hat in dem Zeitraum dieser Jahr-  
ter ganze Völkerfamilien ausgerottet, man hat  
alle Kulturen vollständig vernichtet. (Bedachte Zustimmung)  
ist mit allen Mitteln, die die höhere Kultur und die Zivilisation  
zur Verteidigung der fremden Völker geboten haben,  
gegangen, gegen die eingeborenen Völker der fremden  
Völker geben, hat sie ausgeraubt, gefeuert,  
verbündet nach allen Seiten. (Bedachte Sehr richtig!) Und  
auch im Laufe der Jahrhunderte die Normen dieser Unter-  
werfung mit der Erweiterung der Kultur mildert geworden sind, so  
dass doch auch bis heute noch Kolonialverbrechen  
im Vordergrunde stehen. (Gusslimmung.)  
Es das katholische Frankreich, Spanien, Portugal,  
sowie über das protestantische England, Holland und  
auch Deutschland hin der Kolonialpolitik widmeten.  
Aber aller Grausamkeit ist mit Unrat und Verbrechen besudelt, und  
verhängt haben die christlichen Geistlichen dämon und drücken  
die Kluge im Namen des Christentums gut-  
sich. Wir selbst haben wiederholt Gelegenheit gehabt, im  
Jahr in schärfster Weise die Barbaren aller Art zur Sprache  
zu bringen. Das letzte von Barbaren ist bekanntlich beim Süß-  
wassersee aufgestanden vorausformen. Daß das unterbesiedelte,  
gerade gelehrte Volk zur Empörung griff, war kein gutes  
(Sehr richtig!) Es war ihr Heimatland, ihr Unterland,  
der Heros gegen die fremden Eroberer zu verteidigen suchten,  
daß man uns als die höchste Ehre anpreist, die Ver-  
ehrung des Vaterlandes, daß wurde jenen als Ver-  
einen angesehen, (Sehr wahr) namentlich durch den  
Helden von Troja, der die Heros nach dem so-  
genannten Sanktgotland ankommen ließ und dort Behn-  
jern und verdrücken ließ. (Bedachte Wahr!) Ein

ein Schauspiel für Deutschtum  
wirkt, so lange es eine Geschichte geben wird. (Sehr  
den letzten Jahrzehnten hat die Kolonialpolitik von Deutsch-  
land anderen Staaten sich hauptsächlich auf Afrika geworfen.  
Auch in eine Reihe von Kolonialgebieten geriet für die  
eheren Mächte Europas; insbesondere ist es Frankreich,  
das schon lange sein Angemessen darauf richtete, die sozu-  
vor keiner Rolle bediente nordafrikanische Küste von Ägypten  
zum äußersten Ende Marokkos in seine Macht zu bekommen.  
Ab der französischen Revolution unternahm bestimmlich  
an den berühmten Feldzug nach Ägypten. Die Sache mihi-  
er musigte aufzugeben, aber Frankreich hat das nicht  
und hat den napoleonischen Verlust gemacht, anderer-  
seits nordafrikanische Küste sich einzueignen. In erster Linie  
mit Algier geschehen. Stark unendlichen Rämpfen, die un-  
Opfer an Geld und Menschen kosteten, war es 1881 ge-  
wichtet zu konsolidieren, scheindbar zu postulieren, denn seine  
Millionen Einwohner erhoben sich in fortwährenden Aufständen.  
Dann war es ab bei Radetz, der vielleicht diesen

französischen Truppen bis an die Rüste auftrieb, bis er 186  
selbst in französische Gefangenschaft geriet, von wo ab die  
französische Herrschaft siegreich war. Aber trotzdem folgten no  
wieder und wieder Unstände. Bis heute hat Frankreich  
für diese Kämpfe & bis 7000 Millionen Mark ausgegeben, ohne da  
die Vorteile den ungeheuren Geld- und Menschenopfern entsprechen.  
Unter den Menschenopfern befinden sich auch zahl  
tausende von Deutschen, die in die Grenzverlagerung ein  
treten und dort für fremde Interessen ihr Leben einkriegen.

Frankreich hat sein Auge auch auf Tunis geworfen und im Jahre 1881 gelang es ihm, eine Art von Schutzherrschaft über Tunis zu erlangen. Dadurch wurde es angefeuert, in Marocco in gleicher Weise vorzugehen, und das veranlaßte die anderen Staaten die dort, wenn auch in beschränktem Maße Handels- und Verkehrsinteressen wahrzunehmen hatten, zu einer Konferenz im Jahre 1884 in Madrid zusammenzutreten, an der sich auch Deutschland beteiligte, und deren Resultat war, daß im Bezug auf Marocco die offene Tür herrschten und seine Nation Vorrechte genießen sollte. Über das Drängen der französischen Kolonialkapitalisten und Gesellschaften hörte nicht auf. Der Naturreichtum Maroccos an Gruben aller Art, der kolossale Reichtum weiter Bodenstreifen, der als möglichen Fruchtbarten in Hügel und Hügel erzeugt, faszinierend, für die Ausbeutung objekte von ungeheurem Wert bot, veranlaßte namentlich den französischen Kolonialinteressenten, unausgelebt weiter zu führen

und so ist seit 1908 auch bei uns in Deutschland die Maroffrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden. Es ist fast ein Jahr vergangen, wo nicht der Reichstag mehr oder weniger große Debatten über Marofla gehabt hat.

Ein ganz neues Gesicht bekam die Frage im Jahre 1904 dadurch, daß es endlich dem Flugen Eduard VII. gelang, einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Frankreich zu schließen, durch den er — woran England ungeheuer viel lag — die unbestrittene Vorherrschaft in Ägypten erlangte. Ende des sechziger Jahre hatte Frankreich mit ungeheurem Kosten den großen Suezkanal gebaut. England war eiserntätig, es erkannte sofort, daß der Kanal für seine materiellen und kriegerischen Interessen in fernen Osten Afens ungeheure Vorteile bietet und es wunderte nur alle Unirigen an, es gelang ihm, die Mehrzahl der Akten des Suezkanals zu bekommen und damit die Franzosen zu verdrängen. Ägypten ganz in ihre Gewalt zu bekommen, war natürlich das weitere Streben der Engländer, und das veranlaßte eine ganze Menge schwerer Reibungen zwischen England und Frankreich. Es kam Ende 1904 ein Vertrag zustande, durch den Frankreich zugeschworen, daß England sich bereit erklärte, von seiner Vormachtstellung, sowie seine Handelspolitik in Bezug auf Marofla zurückzuweichen, um

Die handelspolitisch in Frage kam, in Marocco zurückzutreten und Frankreich dort freie Hand zu lassen.

Wie dahin war der englische Handel weitauß überwiegen, so befiehl ich, wenn ich die Ziffern richtig im Gedächtnis habe, auf etwa 100 Millionen Franc, der französische blieb weit dahinter zurück, er betrug nur etwa 80 Millionen Franc, und der deutsche Handel kaum in Betracht, er betrug nur etwa 8 Millionen Franc. Im Laufe der Jahre hat sich das allerdings umgestaltet. Mit der Zurückziehung der Engländer aus Marocco ist der Handel nicht unerheblich zurückgegangen, er betrug im Jahre 1900 nur noch 57 Millionen, der französische Handel dagegen war von 80 auf 82 Millionen und der deutsche von 8 auf 14 Millionen gestiegen. Nun soll gar nicht bestritten werden, daß Marocco zu denjenigen Ländern gehört, die bei berniktuiger Wirtschaft einer großen Entwicklung fähig sind, doch wenn in der Tat mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten wären, nichts einzuwenden hätten, die Kolonisation Maroccos betrieben würde, der Handelsverkehr gewaltstiege und damit auch große Vorteile für Deutschlands Handel resultieren würden. Das eine glaube ich aber in erster Linie postuliert.

zu müssen:

Wir Sozialdemokraten, die wir der ganzen Marokkopolitik, wie sie das später darlegen werde, feindlich gegenüberstehen und wie sie jetzt betrieben wird, feindlich gegenüberstehen müssen, weil wir haben das natürliche Verlangen, daß Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marocco sich vollziehen kann, wie die jebes andere Staates (Lebhafte Zustimmung), daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marocco ihre Interessen verfechten dürfen, daß keiner dem anderen vorgezogen wird, keiner seine Stellung missbraucht, um die anderen zurückzubringen, wie man das ja — unbedingt ist die Hauptursache des Konflikts — der französischen Regierung vorwirft, indem sie die Bestrebungen deutscher Interessenten in Marocco Fuß zu fassen und dort Ausbeutungsinstitutionen zu schaffen, hinzunehmen sucht.

westfälisches Werk, es ist Schneider-Greugot und eine große französische Firma in Rotterdam.

Die beiden kapitalistischen Gruppen, beten Interessen sind ja in gewissem Maße gegenübe stehen, haben sich seit Jahren auf dem Boden Marokko entschieden bekämpft, und die Klagen, die die Gebrüder Monnemann über ihre Behandlung durch die Franzosen glauben erheben zu dürfen, haben dann in Deutschland die Marokkofrage aktuell gemacht. Nach 1904 machte Frankreich gestützt auf England, ernste Versuche, sich in Marokko festzusetzen, es allmählich unter seine politische Oberherrschaft zu bringen, um die Differenzen und Streitigkeiten, die hieraus entstanden, bei anlässen den deutschen Kaiser im Frühjahr 1905, die berühmt gewordene Reise nach Tanger zu unternehmen. Es war bisher nicht dagekommen, daß der Monarch eines der größten Staaten der Welt, der ersten Militärmacht, in einer solchen Gruppe die Feindseligkeitsinteressen für die deutsche Nation vertrübe, eine Reise nach fernem Schießen mache, um dort vor aller Welt zu bezeugen, daß sein Land auch dabei sein wolle, daß es sich nicht zurückdrängen lasse, daß er dafür eintrete, daß die Unabhängigkeit des Sultanats und die Integrität seines Staates voll aufrecht erhalten werde; woraus dann die Marokkaner in ihren phantastischen Gedanenkgründen eigentlich mit Recht schließen müssten,

Wir haben uns im Reichstag mit aller Energie gegen diese Reise gewandt und erklärt: Selbstverständlich müssen die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung hin sichergestellt werden, sie dürfen keine Benachteiligung erfahren, aber wir haben uns um die innere Entwicklung Österreichs nicht zu kümmern, das sind nicht unsere Interessen, und um allerwenigsten können wir zugestehen, daß es wegen dieser Dinge zu einem großen europäischen Konflikt kommt, das ungebührte Opfer an Menschen und Gut erforderlich wird. Diese Unricht bekräftigte damals fast ganz Deutschland. (Sehr wahr!) Allerdings hatte die Tangerreise des Kaisers noch eine Wirkung: Er hat in der ganzen mosammedanischen Welt den Glauben erweckt, daß Deutschland der Schutzherr des Mosammedanismus sein wolle (Wehr richtig!), daß Deutschland mit ihm sympathisiere, daß sein Schutz, der jetzt Österreich verprochen wurde, gegebenenfalls auch den anderen mosammedanischen Mächten zuteil werde. Diese Auffassung wurde auch darauf hingewiekt, daß der deutsche Kaiser 1897 über 1898 eine Reihe

nach Konstantinopel unternahm, dem Patriarch einen Besuch machte, ihm schöne Geschenke mitbrachte, und solche von ihm im Empfang nahm. (Heiterer Laut.) Damit war schon der Gedanke in der mohammedanischen Welt hervergetragen, Deutschland ist unser Schutzmacht, auf Deutschland können wir uns alle verlassen. Nun der ganze mohammedanische Welt wird es in diesem Hause ergehen, wie den Buren mit der berühmten Kriegerdepeche (ältere Zustimmung) und einige Jahre vorher China im Frieden von Shimoneshi. Als China gegen Japan unterlag und Japan dies dazu ausnutzen wollte, die Mandchurie mit Port Arthur einzufasen, da wurde es daran durch die Intervention Deutschlands, Frankreichs und Englands verhindert. Dieses Dogmatismentreten zwang Japan, ganz bedeutende Koncessionen zu machen und auf die Mandchurie mit Port Arthur zu verzichten. Es verstand sich ganz von selbst, daß von diesem Augenblick an Deutschland in ganz gewaltigem Ansehen in China stand und daß damals China, wie später die Römanen, eine Art Schuhheiligen in ihm sahen. Dreißig Jahre später hat Deutschland die Rechnung präsentiert in der berühmten Parution von Kiautschou und im Boxerkriege, da war es ja gerade der Weltmarschall v. Waldersee, unter dessen Anführung die Deutschen in der Unterdrückung nicht nur des Boxeraufstandes, sondern auch noch bei manchem anderen, in China in einer Weise gewillkt haben, daß den armen Chinesen Ören und Eichen vergangen ist. Auch

Die Reise des Kaisers war also der Gegenstand von Grüterungen im Reichstage. In der Thronrede nahm der Kaiser Bezug auf jene Reise. Es sei ihm darum zu tun gewesen, den Frieden aufrecht zu erhalten, nicht nur für unser Land, sondern überall in der Welt, soweit seine Macht reiche. Über die Vorgänge, die sich an seine Reise gefügt hätten, hätten ihm gezeigt, daß es denn doch notwendig sei, Deutschlands Heere stark zu verstärken. Darin stand die Sache aus. (Hört! hört!) Aber selbstverständlich kein Wort davon, daß man in Maroflo etwas besonderes suchen wollte, im Gegenteil, Bülow erklärte am 5. December 1905 im Reichstage ausdrücklich, nachdem er ausgesehen, weshalb jene Aktion in Maroflo unternommen wurde, also

feine Gebietserwerbungen in Marocco, wohl aber Achtung vor den bestehenden Verträgen, Achtung unserer politischen Stellung zu Marocco als einem unabhängigen Staat, Achtung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marocco.“ Dieses „feine Gebietserwerbungen“ müssen wir besonders im Auge behalten. (Gehrwohl!) Veranlaßt durch diese Tangerreise kam die berühmte oben berücksichtigte Algeciraskonferenz, die vom 6. Januar 1906 bis Anfang

April versammelt war. Die Diplomaten der verschiedenen Staaten haben die Urteile beschlossen, mit der sie glaubten, ein wahres Meisterwerk geschaffen zu haben. Deutschland hatte, mit Ausnahme Österreichs, des Brillanten "Selundanten", alle Wächte gegen sich. Es trug nichts davon. Allerdings hatten auch die anderen, namentlich die Franzosen, keine Urfahrt, sich besonders zu freuen. (Heiterkeit.) Der Hauptinhalt jener Urteile war, daß Frankreich und Spanien als den nächstgelegenen und am meisten interessierten Röchtern die Polizeigewalt in einzelnen Häfen Marokkos übertragen wurde. Es wurde auch eine Bank geschaffen, denn, wo man auf Maul ausgeht, muß selbstverständlich zuerst eine Bank da sein (Heiterkeit), und durch Schulden kriegt man die Staaten erst in die Gewalt. Ferner wurde festgesetzt, daß die Ausführung von Staatsarbeiten allen Röchtern in gleicher Weise zustehen und kein Unterschied zugunsten irgendeiner Röchter gemacht werden sollte.

Die Gebrüder Mannesmann stützten sich darauf, daß sie von dem damaligen Sultan Abbud Afis angeblich eine durch Gesetz bekräftigte Koncession von Bergwerksrechten erlangt hätten. Sie forderten, daß diese Koncession in vollstem Maße aufrecht erhalten werde, was weder die Algeciras-Konferenz noch, als später diese Verberungen im Reichstag zur Erörterung kamen, die Reichsregierung irgendwie anerkannte. Das hat in hohem Maße dazu beigetragen, die Dinge zu verschärfen. Mannesmann und Conforti, die die großkapitalistischen Unternehmer in Rheinland-Westfalen hinter sich hatten, wollten mit aller Gewalt, daß diese sich auf, ich glaube, 50 000 Quadratkilometer, also fast auf eine Fläche so groß wie Süddeutschland, erachtende Bergwerkskoncession voll aufrecht erhalten werde. Sie forscherten ein Berggesetz nach europäischem Muster, das durch die Konferenz von Algeciras bestätigt werden sollte, aber es zeigte sich, daß man dort nicht geneigt war, die Konsession Mannesmanns zu teilen. Nun aber stellte sich heraus — wie es andernfalls die Deutschen ganz ebenso gemacht hätten, vielleicht nur energischer —, daß Frankreich alles aufbot, sich Marokko ganz zu unterwerfen. Es entstanden Unruhen in Marokko, es ist furchtbar leicht, in einem solchen barbarischen Lande Unruhen auszutiteln. Wenn auch der Marokkaner ein Barbar ist, so ist er doch für klügendes Welt sehr zugänglich, weil er feines hat. (Heiterkeit.) Ein goldenes Monogramm auf dem ist für ihn ein sehr bedeutender Wert und wenn eine Röchter an dem Entstehen von Unruhen interessiert ist, um den Vorwand zu Interventionen zu haben, dann wird sie mit der Anwendung von ein paar Hunderttausend oder ein paar Millionen Franc nicht zögern. (Sehr richtig!) Innimmt das gelohnt, weiß ich nicht. Ich will nur andeuten, daß es gar keine Kunst ist, nach belieben Unruhen hervorzurufen in einem solchen Lande. Es kam die Besetzung von Udschda, die Beschiebung von Casablanca unter einem ganz wichtigen Vorwand, die Franzosen wüteten barbarisch gegen die Einwohner der Stadt, es wurde, besonders in Deutschland, eine Intervention verlangt. In den ersten Anfängen der Marokkofrage war übrigens gerade in Deutschland die Frage sehr aktuell, ob nicht gerade Casablanca ein deutscher Hafen, eine deutsche Flotten- oder Kohlenstation werden sollte. Diese Ansicht ist nachher verschwunden, ein Bild auf die Karte zeigt, daß gerade Casablanca bei angreifbarste Orte im Falle eines Krieges gewesen wäre. Man mag das sehr rasch begriffen haben und es höher von der Ansicht Casablanca zu beladen, ausdrück-

Mittlerweile wurde Südburkina von seinem Bruder Muhammed gefürzt. Eine ganze Anzahl Stämme waren damit aber nicht einverstanden. Sie opponierten und griffen zur Gewalt. Nur, die Dinge wurden in Moroto allmählich sehr ungemütlich, und nur glaubte die deutsche Regierung noch ein besonderes Abkommen mit Frankreich treffen zu müssen, das, nach ihrer Ansicht, in höherem Maße als die Algeciras-Flie, die Interessen Deutschlands auf der einen, Frankreichs auf der anderen Seite zu sichern. Es sollte gleichsam eine Scheidelinie gezogen werden, nach der sich die beiden Mächte voneinander zu halten hätten. Das war der Vertrag vom 8. Februar 1900, das deutsch-französische Abkommen, das bestätigt wird als Fortsetzung im Geiste der Algeciras-Flie, das sie aber dabei vollständig zertrügt. Dieses Abkommen ist in seinem ganzen

Inhalt außerordentlich wichtig, namentlich bei den Dingen, die sich in der Marossofrage in neuester Zeit ereignet haben.

In diesem Zusammenkommen erkennt Deutschland Frankreich gegenüber an, daß Frankreich besondere politische Interessen in Marocco wahrgenommen habe, die für Deutschland nicht in Frage kommen; andererseits erklärt Frankreich, daß es den wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands und seinem Industriellen noch keine Richtung abbruch tun wolle. Es schien also hüben und drüben Einklang zu herrschen. Im Reichstag waren die Vertreter

aller bürgerlichen Parteien mit dem Schließen eines verstandens. Der Reichskanzler zum Beispiel hoffte aus, daß in beiden Ländern das Gedürniß und Föderation des Deutschen Reiches bei und lange vor mir wirklich darum aufgehen, in einem Lande so wie seine politischen Interessen haben Frankreich, das ist sehr natürlich und vielleicht Liche Interessen hat, anderer Schwierigkeiten zu bereiten? Dem Bericht hat der Reichskanzler ja ein Zustimmung gegeben, die Herren aller Parteien haben ihn begrüßt. Der Führer der Nationalliberalen Partei kann, habe aus, nemlich würde man in Frankreich Verständnis empfinden; der Peer von Reichenbach unterstreicht hier das deutsche und französische Kapital sein und dazu beitreten, beide Parteien einander näher zu bringen. Ich sage Ihnen, daß diese Ausführungen Fassermanns aus dem Jahre 1898, weil er im Jahre 1911 eine stark abweichende Meinung vertreten hat.

Zum zweiten Bericht hat die Witte in Marocco und die Unzufriedenheit der Regierung nicht gut Rücksicht gebracht. Insbesondere waren es die Gebrüder Mannesmann, die behaupteten, es werde keinen Aufschwung und Tritt durch die französische Regierung geben, um die französische Republik zu unterstützen. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß dieser Bericht Frankreich eine sehr ungünstige Position in Marocco einkämpfte. Frankreich habe politische Interessen in Marocco. Was heißt das? Das zu erklären, steht der Wacht am Niede diese Interessen kennt. Da die Auslegung der politischen Interessen sonst nie bis zur Schlußherrschaft gehen, wie in Tunis, und es in leicht möglich, daß die französische Regierung sonst geben will. Aber genau mußten Voraussetzung gegeben werden. Die Unruhen hätten nicht auf sie würden sogar härter und härter, und wenn man den französischen Schilderungen glaubt, war der Stadtkrieg von Madrid als der Sultan Abdül Hamid ebenfalls in Gefahr, vom Throne gestoßen zu werden. Frankreich war daran interessiert, daß das nicht geschiehe. Was war also natürlicher, als daß die Franzosen den Sultan nach Madrid entzogen, angeblich um den Sultan vor seinen Untertanen zu schützen. Der Gedanke war wohl, sind wir jetzt da, dann werden wir ja weiter sehen, und auch sehen, ob wir überhaupt wieder herausgehen.

Dieses Vorgehen machte in Europa natürlich Aufsehen; man sah, daß die Sache ernst war, daß Frankreich wie in Tunis die Macht in die Hände bekommen und dann die Macht auch Gebrauch machen werde. Es wurde also deutschfeindlich und spanischfeindlich dagegen protestiert. Die Spanier entdeckten jetzt auch, daß sie in Marocco interessiert seien, und wenn jemand ein Recht darauf zu haben glaubt, an der Entwicklung in Marocco mitzuwirken, so die Spanier, denen es in direkter vor der Rose liegt. Nur hatte Spanien nicht die Macht dazu. Spanien trat aber in sehr dreister Weise auf, die in seinem Abhängigkeitsvertrag zu seiner Macht stand, und Frankreich brachte, dahinter steckte Deutschland. Im Juni 1911 erklärte der Minister Gruppe in der französischen Kammer, die Franzosen seien nach dies gegangen, weil der Sultan sie gerufen habe, die Rose sei fröhlich gewesen, der englische und deutsche Monarch hätten die Franzosen zu ihrem Vorgehen beglückwünscht, sie seien bestrebt, entsprechend der Algecire-Charta die Handelsfreiheit zu schaffen. Er hat also die ganze Sache als nicht sehr bedeutsam an. Anders die Alldeutschen. Sie begannen zu betonen, die Rose, die Deutschland zugemutet werde, sei unverständlich, daß dagegen man sich nicht gehalten lassen. Wogegen habe man die ungeheure Armee und Flotte, wenn man sie nicht gebrauchen wolle, die Ehre der Nation steht in Frage und dergleichen mehr.

Diese Aufforderungen wurden in gewissem Sinne unerfüllt, als am 1. Juli unverschens her

#### Panther vor Agadir

erschien und sich dort festlegte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß man im Auswärtigen Amt zu Berlin sich vollständig bemüht hat, was dieser Art zu bedeuten hätte. Es war ganz klar, daß weder Frankreich noch England dazu schreien und sich dies gefallen lassen konnten.

Nun wird man sagen, was haben denn Frankreich und England für ein Recht, Deutschland das zu wehren. Gewiß sie haben dazu ebensoviel ein Recht wie Deutschland das Recht hat, nach Madrid zu gehen. Aber bei solchen Fragen kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf die Macht. Und nun seien Sie sich einmal die Karte an. Agadir liegt im Südwesten Maroccos. Wenn von Deutschland ein Schiff dorthin will, muß es durch die Nordsee und den Kanal. Jedes deutsche Schiff auf dem Wege nach Agadir ist also von Frankreich und England begleitet und beide Staaten haben es in der Gewalt, jedes Vorgehen dorthin, wenn es gut Gewalt kommt, zu unterdrücken. Da unsere Macht dagegen aufsteigt, das durchzugehen, ist mir mehr als fraglich.

Doch aber das ganze Objekt, das in Frage kommt, die ungewöhnlichen Opfer auch nicht im entferntesten wert ist, das steht für uns alle sehr klar.

(Lebhafte Beifall.) Das ist das einzige, was wir können uns ganz unmöglich auf eine so

#### gewagte, unheldvolle, geraden verachtete Politik

einschaffen (Lebhafte Zustimmung), wie sie hier von den Alldeutschen verlangt wird. Es muß notwendigerweise zu einem Weltkrieg führen, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben werden.

Auch ich frage mich: wie kommt man nur dazu? Darauf wurde am 3. Juli offiziell eine Note veröffentlicht, in der es hieß, daß deutsche Firmen in Südmorocco in der Umgebung von Agadir von einer gewissen Unruhe über die Gärung unter der dortigen Bevölkerung erfaßt seien, daß sie bei der Regierung um Schutz gebeten hätten, den man ihnen nicht verleihen könne. Deshalb habe man den "Panther" nach Agadir geschickt; sobald Ruhe und Ordnung in Marocco wieder hergestellt seien, sollte das Schiff den Hafen wieder verlassen.

Wie war nun das Bild im Lager der Alldeutschen und Nationalliberalen? Die "Athenische-Weltliche Zeitung" schrieb: "Hört auf eine Tat, ehrlich, nach mehr als 20 Jahren, kommt Deutschland dazu, zu zeigen, daß es auch noch auf der Welt ist." Weiter hieß es, daß, wenn man sich mit den Franzosen über die Auflösung Maroccos (Hört! hört!) nicht verständigen könnte, dann müsse der "Panther" nach Agadir geschickt; sobald Ruhe und Ordnung wieder hergestellt seien, sollte das Schiff den Hafen wieder verlassen.

Hier haben wir also die Kriegshäber.

Das sind die Kreise, die die ganze Kriegssche in Szene gesetzt haben, die eine ungeheure materielle Macht hinter sich haben, die eine ganze Reihe von Zeitungen, und die das Ende der Regierung haben. Und nun kam Bismarck und redete auf einem Fest in Westfalen im Kreise Solingen-Kettmanns. Ich gebe offen zu, daß mir das sehr überraschend war, was er ausführte, nämlich daß wir fernerkommen, nicht mehr in Marocco zurückkehren dürfen, daß wir verlangen müssen, daß uns eine Einflussnahme gestattet wird, die unserer Interessen und unseren Bedürfnissen entspricht. Er erkannte sich dann sehr ziemlichheit über Alberlen-Wächter und sagte, daß sehr wenigen Männern ein so großes Vertrauen entgegengebracht würde, wie gerade ihm. Ja, Alberlen-Wächter gilt in den Augen eines Teils unserer Provinzialisten geradezu als ein gewisser Bismarck. Ich glaube, er glaubt das auch selbst von sich (Heiterkeit), sogleich Bismarck einen so

bummen Streich, wie die Entsendung des "Panthers", nie und nimmer gemacht hätte. Heute den Standpunkt Bismarcks in dieser Frage haben wir authentische Auskünfte. Als 1881 die Moroccfrage im Verberggrund stand, erkannte sich Bismarck dem Fürsten Hohenlohe gegenüber: "Rufen Sie die französische Regierung wissen, daß wir Ihrem Vorgehen in Marocco kein Hindernis in den Weg legen." Und dem Fürsten Hohenlohe gegenüber erklärte er weiter: "Wir haben ein großes Interesse daran, daß Frankreich vom Rhein abgezogen wird, daß wir dort Ruhe und Frieden haben. Wenn Frankreich in Marocco eingekriegt ist, so wird es dort beschäftigt und Soldaten und Geld brauchen, um Marocco unter die Fuchtel zu bringen, das kann uns nur nützen können." Er erklärte dem Fürsten Hohenlohe gegenüber, daß Frankreich seine Macht in Tunis ausüben kann, habe aus, nemlich würde man in Frankreich Verständnis empfinden; der Peer von Reichenbach weiß aber auch jederzeit für das deutsche und französische Kapital sein und dazu beitreten, beide Parteien einander näher zu bringen. Ich sage Ihnen, daß diese Ausführungen Fassermanns aus dem Jahre 1898, weil er im Jahre 1911 eine stark abweichende Meinung vertreten hat.

Zum zweiten Bericht hat die Witte in Marocco und die Unzufriedenheit der Regierung nicht gut Rücksicht gebracht. Insbesondere waren es die Gebrüder Mannesmann, die behaupteten, es werde keinen Aufschwung und Tritt durch die französische Regierung geben, um die französische Republik zu unterstützen. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß dieser Bericht Frankreich eine sehr ungünstige Position in Marocco einkämpfte. Frankreich habe politische Interessen in Marocco. Was heißt das? Das zu erklären, steht der Wacht am Niede diese Interessen kennt. Da die Auslegung der politischen Interessen sonst nie bis zur Schlußherrschaft gehen, wie in Tunis, und es in leicht möglich, daß die französische Regierung sonst geben will. Aber genau mußten Voraussetzung gegeben werden. Die Unruhen hätten nicht auf sie würden sogar härter und härter, und wenn man den französischen Schilderungen glaubt, war der Stadtkrieg von Madrid als der Sultan Abdül Hamid ebenfalls in Gefahr, vom Throne gestoßen zu werden. Frankreich war daran interessiert, daß das nicht geschiehe. Was war also natürlicher, als daß die Franzosen den Sultan nach Madrid entzogen, angeblich um den Sultan vor seinen Untertanen zu schützen. Der Gedanke war wohl, sind wir jetzt da, dann werden wir ja weiter sehen, und auch sehen, ob wir überhaupt wieder herausgehen.

Dieses Vorgehen machte in Europa natürlich Aufsehen; man sah, daß die Sache ernst war, daß Frankreich wie in Tunis die Macht in die Hände bekommen und dann die Macht auch Gebrauch machen werde. Es wurde also deutschfeindlich und spanischfeindlich dagegen protestiert. Die Spanier entdeckten jetzt auch, daß sie in Marocco interessiert seien, und wenn jemand ein Recht darauf zu haben glaubt, an der Entwicklung in Marocco mitzuwirken, so die Spanier, denen es in direkter vor der Rose liegt.

Nur hatte Spanien nicht die Macht dazu.

Was im Wege stand, so seiner Ansicht vom Jahre 1905 und zu seiner Aufführung vom Jahre 1908 erklärt jetzt Bismarck: "Ich kann mein Gedanke daran nicht, daß wir uns mit Kompensationen von Kolonien in Kongos oder in Kamerun, oder wie sie heißen, begnügen können für die wirtschaftlichen Interessen, die in Marocco auf dem Spiele stehen. Das ist doch klar und deutlich. Das heißt, wir müssen in Marocco Kompensationen bekommen, wir müssen einen Teil in unsere Hände bekommen. Und ich das las, war ich ganz verblüfft, ich fand mir Bismarck ist doch ein vernünftiger Herr (Heiterkeit; Kursiv: Nationalliberal!), aber das schlägt doch nicht aus, daß man gescheit ist (Große Heiterkeit). Ich sagte mir, wie kann der Panther zu einer solchen Sprache kommen? Wie ist das denkbar, auf welche Anregungen hin spricht er? Er muß doch ganz genau wissen, was das für eine

furchtbare Situation für Deutschland wird, wenn in der Weise vorgegangen wird. Er muß doch wissen, daß mit der Feststellung in Algier notwendigerweise der Krieg zwischen England und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite verausgabt wird.

Und was der Krieg bedeutet, werbe ich noch weiter Frankreich. Ja, da wurde mir sehr rasch Aufklärung gegeben: die französische Landeszeitung veröffentlichte Anfang August einen Artikel, worin sie in der schärfsten Weise gegen Alberlen-Wächter losging, worin sie sagt, daß Alberlen-Wächter große Hoffnungen erweckt, daß man jede auf ihn gebaut habe, daß er aber plötzlich wieder zurückgezupft sei. Auf einmal sei die Situation eine andere geworden; von der Zeit an, wo der "Panther" nach Agadir gegangen, ließ Alberlen-Wächter nach keiner Seite hin zweifeln, daß er ungeahnt auf dem Boden der alldeutschen Forderungen steht, daß er, obwohl der Kaiser — der gesamtstädtische während der Krieg an der Küste Nordwestens war — ihm nur aufgetragen hatte, nach einer ehrenvollen Rückung zu suchen, unter allen Umständen auf den Erwerb von Subventionen bestehen würde. Nach dieser Richtung hin hat Alberlen zu jedem gesprochen, auf diesen Vorwurf hin sind wir ein halbes Hundert Redakteure, Politiker — wahrscheinlich auch Bismarck — in Berlin zusammengetreten (Hört! hört!) und haben erklärt, daß sie keinesfalls bereit wären, diese Pläne von Alberlen zu unterstützen,

auf die Gefahr eines Weltkrieges hin. (Lebhafte Bewegung.) Nun, wie werden im Reichstage Herrn v. Alberlen zur Verantwortung ziehen. (Lachen.)

Da England das Vorgehen in höchstem Grade mißbilligt, ist ja sonnenklar. In England erklärte daher Bismarck in einer Rede, mit der Entsendung des "Panther" nach Agadir sei eine durchaus neue Lage aufgetaucht, die marokkanische Frage sei an einem Punkt angelangt, wo sie in wachsendem Maße Schwierigkeiten und Unruhen hervorrufen werde. Er fügte hinzu, daß er zwar nicht an einen direkten Angriff denkt, er möge aber forschieren, wie England die Sache ansieht und gegebenenfalls handeln werde. Das ist auch die Auffassung der englischen Presse, zum Beispiel der "Daily News". Was würde aber für uns daraus entstehen?

Ungeheure Kosten, die Gefahr eines Aufstandes im Hinterlande, wozu Frankreich ja alles tun würde. Man muß sich fragen: Wie können vernünftige Leute zu solchen Schritten kommen. Was der Wunsch da sein mag, er tausendmal berechtigt sein, aber man muß sich auch im gewöhnlichen Leben oft sehr viele Wünsche vorstellen, weil sie nicht durchführbar sind. So geht es auch den Nationen. Will ich mir einen Wunsch erfüllen, so habe ich mich zu fragen, was kostet er, damit die Kosten tragen? Und so frage ich auch, ob wir wegen eines Stückes Marocco die ungeheueren Kosten tragen können? (Schrift gut!) Ich bin ja überzeugt, daß der Umstieg, den die deutsche Regierung bald nach der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandreise macht, bei Bismarck sehr eindrucksvolle Gefühle ausgelöst hat, daß sein Gesicht sich windelt, um ein viertel Meter verlängerte. (Heiterkeit.) Er ist recht gründlich blamiert worden;

er hat ganz verlogen, daß in Deutschland doch nicht allein die Handels Großkapitalisten zu sprechen haben, sondern daß auch hinter der nationalliberalen Partei circa 1½ Millionen Wähler stehen, die in ihrer großen Mehrheit kleine Gewerbetreibende. Bauern und Leiber sind Arbeiter sind, und man muß doch auch mal fragen, was denn die dazu sagen würden.

Heiterkeit: Diese große Menge ist stimmt, sie redet nicht, aber sie kommt nächst um so mehr die

Dummheiten des Führer

zu loben. (Lebhafte Sicht richtig)

Mit jener Erklärung der "Athenische-Weltliche Zeitung" war mir auf einmal klar, wie die Dinge standen. Dazu kam, daß während damals ein großer Teil der maßgebenden Presse nach der Landung des "Panther" schwieg — sie war zweifelhaft, sie wollte sich nicht engagieren, sie fürchtete, daß es etwas böses herauskommen wird —, die Alldeutschen um so toller vorgingen und in der alldeutschen Weise heyten. Nun, der Kaiser hat ja offenbar seinem Minister des Auswärtigen einen gehörigen Dämpfer aufgesetzt. (Schrift gut!) Wir werden im Reichstage vor allem festzustellen suchen, was denn

Herr v. Bethmann Hollweg für eine Stelle spielt.

Ter "Panther" konnte doch nicht auf Befehl von Alberlen-Wächter nach Agadir geschickt sein, auch Herr v. Lippe-

konnte ihm nicht zulassen, sondern das konnte nur Herr v. Bethmann Hollweg. Und nun wollen wir mal sehen, was der vorstige Kanzler, der Philosoph, dazu sagt. (Heiterkeit und Schrift gut!)

In England erregten ja bekanntlich die Vorgänge ungewöhnliches Aufsehen. Die "Deutsche Tagesschau", die ganzen al-

deutschen Blätter waren voll Zorn und Wut und ergingen sich in Artikeln, die

formelle Majestätsbeleidigungen

enthielten. Genau so war es ja 1888 angeklagt des russischen

Handelsvertrages, wo aus den Kreisen der Männer von

Basis und Bildung Hunderte und Tausende von Beliebten gegen Cavour und den Kaiser geschleudert wurden. Jetzt gibt es darüber in der selben Weise los. Man braucht nur den Kanzler zu hören, er nicht den Mut zu haben, der direkt dem Kaiser sagt, der Kaiser zugreifen und ihre Politik durchsetzen. Das heißt, wenn der Kanzler nicht mit der Revolution (Heiterkeit), möbel er, wie sie gegen die Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß die Brigade gebildet wird mit dem Ziel

"Brigade zur Mietung der See des Vaterlandes" (Heiterkeit) und an der Stelle der Kapitulation nichts zu verlieren.

Die müßten dann vorausgeschickt werden, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Vaterlande verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit). Das würde uns imponieren. Über ich habe einen Zweifel, daß die Leute nicht nur nicht in den Krieg gehen, sondern es sich sogar sehr überlegen würden, im Kriegfall die nötigen Millionen aus ihrer Zeit geben würden. (Schrift gut!)

Rund hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom englischen Standpunkt aus sieht und siehe muss, aber man braucht nicht unbedingt zu sein und einen Beschluss zu fassen, der man braucht nicht Lloyd George, der bisher so eifrig die britischen Redakteure, die Abgeordneten, alle die Leute, die im ganzen doch ziemlich korporativen Leibern mit dem Kaiserreich verbunden sind, mit dem Kaiser (Heiterkeit) oder mit dem Kaiserreich (Heiterkeit).

Der Kaiser hat ja freilich die englische Regierung in angeborener Weise den Aldeutschen Oberhaupt gegen sich gestellt, wie England gesagt, wie England in dieser Frage vom

allgemeinen Waffenstreit zu inszenieren. Ich hatte falls die Sache mit Haase und Vollmar in der sogenannten Kolonialmission zu sein, die über diese Frage zu beraten hatte, ist sehr dort in der kategorischen Weise erklärt, daß eine solche mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche eindeutig unmöglich sei (Sehr richtig), daß es Verpflichtung ist, eine solche Resolution zu stimmen. (Vorbericht Schriftsteller.) Wir kommen uns nicht verständigen. Die Sache wurde als Kolonialmission überwiesen, der wir jetzt angehören, wir gehen das wieder mit den Engländern und Franzosen in Konflikt. Sie haben ausdrücklich nachgewiesen, warum es unmöglich sei, der deputierten Resolution die Zustimmung zu geben. Und als dann schließlich doch um jeden Preis es durchsetzen wollte, da es nämlich unserer Delegation erklärt: Gut, es ist Eure Sache zu beschließen, beschließt, was Euch gut dünkt, aber wir müssen nicht mit, wir wehren uns dagegen! (Bravo!) sagten sie: Ja, wenn die Deutschen in dieser Weise auftreten, dann steht es eben nicht, denn mit den Deutschen müssen wir doch schließlich verständigen. Und so wurden wir drei Delegat, eine Resolution auszuarbeiten und der Kommission vorlegen. Die entscheidenden Sätze dieser Resolution finden Sie im Gesprächsprotokoll über den Stuttgarter Internationalen Kongress (S. 65 und 66). Dort heißt es u. a.:

"Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Männer mit deren parlamentarischen Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützend durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um aus der Anwendung der ihnen am wirklichen Ausbruch zu verhindern, die sich je nach der Verstärkung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation natürlich ändern."

Sollte der Krieg dennoch ausbrechen, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Mitteln dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Auflösung des Volkes anzuregen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu begleiten."

Der Inhalt dieser Resolution besagt also nicht, daß wir alle in ihrer Weise vorgehen sollen, sondern er besagt, und das ist der wesentlich zwischen uns und den Franzosen, daß es jeder Nation gestattet ist, in ihrer Weise zu handeln, wie sie es für gut hält, obwohl es möglich ist. Das ist das einzige Richtige, was geschiehen kann. (Befürwortung.)

Für den gegenwärtigen Krieg macht man sich ja in ihrer rasigen Beurteilung kaum eine rechte Vorstellung.

Es werden dann im Falle eines Krieges ungefähr die Dinge sich gestalten?

Das ist sehr wichtig für die Beurteilung der Situation. Im Jahr 1870, als die große Militärvorlage auf der Tagessordnung stand, und wir Opposition machten, und natürlich die furchtbaren Wirkungen eines großen Krieges sahen, da nahm der damalige Reichskanzler Caprivi das Wort. Caprivi war einer der deutschen Generale, aber nicht der im Kriege. Er erklärte: Außerdem, wenn Krieg wird, den Heer in die Erdeinigung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, wie sie noch kein General kommandiert hat; wie auszugang ist, weil kein Mensch; was Deutschland betrifft, so ist ja am ersten Tage der Mobilisierung die gesamte Kriegsbürgerschaft bis auf den letzten Mann einzurufen.

Das waren damals schon 4 Millionen Männer, heute werden es 4½ bis 5 Millionen sein, und wenn man den Landsturm mitrechnet mit einbezieht — und das wird geschehen — sind es 5½ bis 6½ Millionen Männer. Das ist ein ganz großes Aufgebot. Das ruft eine

Resolution in unseren gesamten sozialen Verhältnissen hervor. Millionen von Arbeitern werden weggerufen in ihren Familien, die nichts mehr zu essen und zu trinken und zu leben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Unterstreichende von kleinen Gewerbetreibenden können ihren Bankrott anzeigen, weil ihnen jedesmal zur Fortführung ihrer Geschäfte fehlt. Die Kurie erhält einen Sturz, von dem wir jetzt nur eine ganz kleine Spalte haben und durch den Zerwürfnisse von wohlhabenden Adel, der gewaltige Welthandel wird unterbrochen. Also Gewerbe und gewerbliche Unternehmungen kommen zum Stillstand.

Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit an allen Enden! Zufuhr der Lebensmittel hört ganz oder zum größtmöglichen Höhepunkt, obwohl sie heute schon kaum erfüllt sind. Dann aber wird das die

Allgemeine Hungersnot

bedeutet. Was glaubt man denn, was aus einer derartigen Situation entsteht? Da fragen die Massen nicht nach Brot und Frieden. (Lebhafte Beifall.) Da fordern sie nicht nach Brot und Frieden, da fordern sie nach Arbeit und Brot (Stimmen) — so liegen die Dinge —, nach Arbeit und Brot, mit Ausnahme der Industrien und Gewerbe, die direkt am Markt interessiert sind, niemand ihnen bietet kann. Wer die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Die Gewerkschaften werden bankrott, sie können die Unterstützungen nicht leisten, auch die Gemeinden nicht, der Staat und das Reich nicht, der Staat und das Reich, dem kommt und das Reich jeden Tag der Mobilisierung 40 Millionen Goldmark. Sie sich den Krieg selbst vor mit der ungeheuren Belastung der Republik, den Schnellfeuergeschützen, und so weiter. (Zuruf: Aufmarsch!) Wo im Vorigen dem Habsburger Staaten Hauses stattfinden, am Ende trifft: Das Blauwirb war sehr schön, aber gefragt ich mich doch, wenn es Ernst wird, wo bringen wir die Leidigen und vor allem, wo bringen wir die Verwundeten unter? (Sehr richtig!) Da wird ja eine Stimmung erzeugt, der Friede will es keinen Begriff machen. 1804 habe ich dem Reichstag die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Spiele.

Und nicht wir sind es, die das herbeiführen, sondern die Vertreter dieser bürgerlichen Gesellschaft, nicht zu folgen, sie tragen die Verantwortung aller das ungewöhnliche Elend und die schrecklichen Szenen eines solchen Krieges. (Sturmische Zustimmung.) Nach über die Ausbildung der Mittel habe ich mit Rückenlehne vor 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach, forderte ich die Eire im Reichstag 120 Millionen Taler. Ich hatte darin enthalten, warum ist bekannt. Diese 120 Millionen Taler ausgetragen, an einem Rande von 88 für das Quäntchen, so

daher, wer 100 Taler zahnte, nur 88 zu zahlen hatte, und zugleich wurden 5 Proz. Zinsen zugesichert. Und das Resultat? Seitdem 120 Millionen wurden nur 68 gezahlt. (Hört hört!) Nun bin ich weit entfernt, die Zustände von damals mit den heutigen auf gleiche Linie stellen zu wollen. Aber wie in Frankreich schon damals die Geldverhältnisse lagen, bestellt, daß als am 17. Juni von der französischen Kammer 700 Millionen Franc für den gleichen Zweck gefordert wurden, diese Summe von der französischen Börse und dem französischen Volk bis auf den letzten Heller aufgebraucht wurde. (Hört hört!) Jetzt würde es sich für's erste um einen Vertrag von mindestens 1500 Millionen handeln. Nun haben wir ja das Goldhaus im Juliusturm (Heiterkeit), 120 Millionen Taler. Das würde gerade für drei Tage reichen. Nun kann man ja die Roten-Presse für Bewegung halten, und das wird auch geschehen. Man gewöhnt Euch ja schon jetzt an das Papier geld. (Heiterkeit!) Aber die Deutschen sind eigentlich, sie nehmen das Papiergebäude nur, wenn sie wissen: wenn ich es zur Kasse trage, kriege ich Gold dafür. Wenn aber die Roten-Presse und die Papiermarktheit in Bewegung gelegt wird, dann geht das nicht, wenn man dann das Papiergebäude zur Kasse tritt, tritt die Kasse zwischen Papier und Gold auf. Ich habe das 1859 in Österreich erlebt. Als ich damals in meinem Parteidienst an den Rhein marschierten wollte (Große Heiterkeit!) und mein Geld hatte, um von Salzburg bis zum Rhein zu kommen und mein Vormund mir zur Reise sechs Taler schickte und inzwischen glücklicherweise der Brief gekommen war, da habe ich mich sehr gefreut, als ich die sechs Taler zehn Taler in Papier erhalten konnte. (Große Heiterkeit.)

Wie es in Deutschland gehabt wird, weiß man nicht. Ich habe mich getraut — ich gestehe das offen —, wie ich die Angst habe, die auf die Kriegserübrücke hin entsteht, wie die Leute noch der Zukunftssorgen sind. Da sagte ich mir: das ist Euch doch gewund! Ihr habt das noch nicht durchgemacht. Wie viele haben den Krieg als unverlässliche Männer erlebt? Wie Bismarck sich vor einem zweiten Bismarckstoß mit Frankreich gefürchtet! Manche sprechen so leichtlich von soldem Kriegen: mit Frankreich werden wir sehr schnell fertig. Ungefährlich. Militärs sagen, so leicht wie 1870 würden wir auf keinen Fall mit Frankreich fertig werden. Neben all das, was wir damals ausführen müssten, wird in den Bildern nicht berichtet. Wer die Rot, das Eisen, die Arbeitslosigkeit jenes furchtbaren Winters von 1870/71 durchgemacht hat, der verlangt niemals nach einer zweiten Auflage. (Sehr richtig!) Und was kommt, wird unendlich größer, genauer: es kann in keiner Richtung mit dem, was 1870 war, zu vergleichen sein.

Datum Parteidienstes, fordere ich Sie auf, stimmen Sie der Resolution zu, die ich Ihnen vorgelegt habe, und Ihre Parteivertreter im Reichstag werden Ihre Schuldbegleitung und denen da oben sagen, was das Volk über Sie und Ihre Politik denkt. (Langanhaltender, brausender Beifall.)

Vorberichter Dies: Eingegangen ist zur Marokko-Resolution folgendes Amendment:

Die Unterzeichneten beantragen folgende Einschaltung in die Resolution über die Marokkoangelegenheit:

Erlaufen nach dem ersten Passus der Resolution hinzuzufügen: sowie er gegen jeden Krieg protestiert, der zur Unterdrückung der barbaren und halbbarbaren Völker durch die kapitalistischen Staaten führt.

Zweitens im dritten Passus im ersten Satz nach den Worten: „Die Einzigsten, die haben und drücken an dieser Verhetzung verschiedener Kulturböller“

hinzuzufügen:

und an der Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen (ein Interesse haben).

Drittens nach dem vierten Passus der Resolution hinzufügen:

Herner aber ist es gerade das Wettstreiten zu Wasser und zu Lande, das, unter dem Vorwand der Sicherung des Friedens betrieben, in Wirklichkeit selbst früher oder später zum Ausbruch eines Weltkrieges führt. Für die über der Weltunterstützung schwelende Kriegsgefahr sind also in letzter Linie diejenigen Staaten und Parteien verantwortlich, die den Rüstungs-, waffenfabrikunterstützungen, vor allem die Partei des konserватiven Kaiserreichs und des Zentrums, ferner aber auch die liberalen Parteien, die jede Opposition gegen den Militarismus aufgegeben haben.

Vierzehns im fünften Passus den ersten Satz so zu gestalten:

Der Parteidienst weist mit Empörung nicht nur alle Kriegsgegner zurück, sondern auch auf dem Wege des diplomatischen Ländereckes erzielte Vergrößerung des kolonialistischen Deutschlands.

Rosa Luxemburg. Gustav Hock. Clara Zetkin.

Rosa Luxemburg

begründet den Zusatzantrag. Wir haben uns von der Erwagung leiten lassen, daß wir die Einschaltungen nicht deshalb vorschlagen, weil sie sich irgendwie von dem allgemeinen Inhalt der Resolution oder dem Sinn der Rede des Referenten entfernen, sondern im Gegenteil, weil sie sich zu vollkommen im Geiste dieser Gedanken bewegen. Sie sind aber andererseits notwendig, weil die vorgelegte Resolution diese uns sehr wichtig und wesentlich dienenden Punkte unzureichend gelassen hat. Es ist bekannt, man kann in einer Resolution nicht alles sagen, was ich über einen Gegenstand überhaupt sagen läßt. (Na also!) Warum Sie ab. Bei Resolutionen, die sich auf innere partizipative Fragen beziehen, ist die Diskussion und die Rede zur Begründung der Resolution als Kommentar zu ihr unbedingt notwendig, und sie kann nur als solche in Betracht geogen werden. Hier aber handelt es sich um eine Resolution, die uns ein Leidstrafen in der Massenaktion gegen die bürgerliche Gesellschaft sein soll. Wir müssen im Betracht ziehen, daß nicht nur bürgerliche Blätter, sondern auch die Gewerkschaftsblätter zum Teil nicht die Diskussion, wohl aber die Resolution anhören werden, deshalb muß die Resolution mindestens als Grundlage für die Agitation ausspielen und alle wesentlichen Standpunkte der Sozialdemokratie zur Frage ausdrücken. Es sollen auch hier die Hauptpunkte angegeben werden, die unsern Freunden und unserer Presse rückhaltend sein müssen, damit in der Agitation auch alles ausgedrückt wird, was die Sozialdemokratie von Bedeutung ist. Deshalb halten wir es für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, daß wir für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller protestieren, wie wir ebenso gegen einen Krieg gegen Kulturböller sind, was für die Sozialdemokratie selbstverständlich ist, aber gerade deshalb ausdrücklich werden soll und muß. (Heiterkeit.) Verehnen wir nicht, daß z. B. in Marokko schon seit längerer Zeit ein Krieg gegen die eingeborenen Stämme geführt wird, gegen den wir uns gerade ausgesprochen haben, was für notwendig, doch gleich beim ersten Abstimmung, wo gegen einen Krieg zwischen den Kulturböller protestiert wird, gleichzeitig erläutert und deutlich ausgedrückt wird, daß wir ebenso gegen einen Krieg gegen K

maximen, die Gewerkschaften haben die Unterstüzung der Ausgesperrten anstandslos übernommen und Schwierigkeiten sind dadurch nicht entstanden. Im vorigen Jahre war die Maifeier an einem Sonntag, und wie nicht anders zu erwarten, fiel sie großartig aus, aber auch in diesem Jahre, wo sie auf einen Montag fiel, konnten wir feststellen, daß sie an Umtags hinter der des Vorjahrs nicht zurückstand, doch die Bevölkerung am 1. Mai viel mehr zugewonnen hat. Das ist mit darauf zurückzuführen, daß das Unternehmertum in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs doch nicht so ausprägungslustig ist, wie in Zeiten der wirtschaftlichen Depression, und wenn die großen Unternehmerverbände die nicht durch Beistände die Orts- und Bezirkverbände zur Auskündigung bringen würden, so würden viele Unternehmertum in ruhiger Verhandlung sich mit den Arbeitern über die Maifeier verständigen. Wir können also aussprechen, daß

die Maifeier große Fortschritte

gemacht hat, und daß auch die Verbandsleiter der Gewerkschaften durch Übernahme von Reden am 1. Mai sie außerdem gefährdet haben, und daß heute vollkommene Harmonie über die Maifeier zwischen Partei und Gewerkschaften besteht und beide Körperschaften alles daran jehen, sie zu fördern. Ich sage, daß ein Vorsitz des Stabs schuldet. Er hat vielleicht in seinem ersten Drittel andere Erfahrungen gemacht. (Sehr richtig!) Das ist möglich, aber im prohen und gängen, so weit die Leitung der Partei und Gewerkschaften in Frage kommen, bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Maifeier nicht mehr und wir können mit Freude feststellen, daß der Maifeiergedanke sich immer tiefer in die Herzen der arbeitenden Klasse Deutschlands einlebt.

"Um einige Worte zu den gut Maifeier gefestigten Anträgen." Solche, die auf eine Änderung der Form ausgehen, wie auf früheren Parteitagen, sind diesmal nicht eingegangen — eine sicherer Bejüngung dessen, was ich gesagt habe. Die Anträge richten sich gegen den Nürnberger Beschluss, der ja ausgibt, daß die Parteigenossen, die in Betrieben arbeiten, in denen ein Betrieb ihres Tagesdienstes durch die Maifeier nicht eintrete, diesen an den zu bildenden Maifeierfonds abzuführen haben. Die Durchführung dieses Beschlusses hat zu verschiedenartigen Rücksichten geführt, meistens in Betrieben, die der Partei unterstehen, und es sind darüber auch verschiedene Anträge an den Parteivorstand gekommen. Sie können nur wieder erklären, daß die in untenstehenden Betrieben tätigen Genossen verpflichtet sind, den Nürnberger Beschluss in vollem Umfang zur Durchführung zu bringen, solange er besteht. (Lebhafte Sehr richtig!) Darüber, ob es zweckmäßig ist, ihn aufzuheben, enthalte ich mich im Einverständnis mit meinen sämtlichen Kollegen im Vorstand jeder weiteren Bemerkung. Unter Umständen könnte man ja meinen, wir wollten, soweit wir selbst Angestellte sind, unserer Zahlungspflicht los und leben werden.

Antrag 30 will, der Parteitag soll aussprechen, daß gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern dem Beschluss nachzutun, das Auskündigen eingehen. (Sehr richtig!) Das ist zweckmäßig, man ist bloß innerhalb der Bezirksorganisationen mankumtig geworden und hat geglaubt, den Beschluss nicht mit voller Schärfe anwenden zu sollen. Die an den Parteivorstand gerichteten Anträge sind stets dahin bearbeitet worden, daß das Verfahren selbstverständlich einzuhalten und es durchzuführen ist, eine andere Stellung konnte der Parteivorstand ja gar nicht einnnehmen.

Der Antrag von Bübed geht dahin, die Maifeiertage auf die Tagessordnung des nächsten internationalen Kongresses zu ziehen. Ich möchte Sie erläutern, diesen Antrag abzulehnen. Bei der verschiedenartigen Stellung der verschiedenen Nationen zur Maifeier wird es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein, eine einheitliche Auffassung über die Durchführung der Maifeier herzustellen. Es muß hier ausgeschlossen werden: die deutsche Arbeiterklasse, organisiert in der deutschen Sozialdemokratie und in der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung, nimmt es mit geistigen Beschlüssen internationaler Kongresse sehr ernst (Lebhafte Sehr richtig!), und sucht sie bei jeder Gelegenheit nicht nur dem Sinne nach, sondern, ich möchte sagen, auch dem Wortlaut nach zur Ausführung zu bringen. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, daß das bei anderen Nationen nicht der Fall ist. (Lebhafte Sehr richtig!) Man begnügt sich dort mit Sympathieerklärungen und bestätigt die Sympathie auch bei Kampf, aber in der Bevölkerung internationaler Beschlüsse besteht ein Unterschied gegenüber der deutschen Arbeiterklasse. Da soll man vermeiden, Reibungslosen in die Internationale hineinzutragen; wo eine einheitliche Auffassung über einen Gegenstand noch nicht vorhanden ist, ist es besser, ihn ruhen zu lassen. Mit dem Fortstreiten des Gedankens des Maifeier werden auch die Verhältnisse bei anderen Nationen sich bessern und die internationale Debatte auch dort in größerem Umfang und mit besseren Verständnis zur Durchführung gelangen.

Im großen und ganzen hat die Maifeier auf jeden Fall eine Fortschritte gemacht und auf dem nächsten Parteitag werden wir wohl über weitere Fortschritte des Gedankens der Maifeier als einer Grundgebung der Arbeiterverbrüderung berichten können. Deshalb bitte ich Sie, unter Ablehnung des Antrages 27, dem Antrag 30 insoweit zuzustimmen, als dadurch der in Nürnberg beschlossene Zustand in bezug auf die Schaffung des Maifeierfonds aufrecht erhalten bleibt. Würde der Nürnberger Beschluss aufgehoben, würde sich dadurch der Antrag 30 von selbst erfüllen. Ich hoffe, daß auch die Delegierten über weitere Fortschritte der Maifeier berichten können und daß der Maifeierstag auch von der deutschen Arbeiterklasse in mehr gezeigt wird, und zwar in würdigster Weise durch die Arbeitsergebnisse gefeiert werden wird. (Lebhafte Beifall.)

Sämtliche zur Maifeier gestellten Anträge sind genügend unterstützt und stehen mit zur Debatte.

Leipziger Leipzig

Begründet den Antrag 29: In Nürnberg ist der Antrag 30 beschlossen worden, obgleich die Vereinbarungen, die seine Voraussetzung sein sollten, noch nicht geschlossen waren. Es ist ein Gelehrtengebot (Sehr richtig!) und zugleich auch ein Ausnahmegerbot. (Lob und Zustimmung.) Die Partei hat bisher daran festgehalten, daß Vereinbarungen stets nur für die Gemeinschaft der Parteigenossen, nicht für einzelne Gruppen geschlossen werden dürfen. Durch den Nürnberger Beschluss ist man darüber hinausgegangen. Nun hat aber übersehen, daß der Beschluss nicht nur Partei- und Gewerkschaftsangehörige trifft, sondern auch zahlreiche

\*) 27. Bübed: Der Parteitag möge beschließen, umsetze Delegierten im Internationalen Bureau haben dahin zu wirken, daß die Maifeier auf die Tagessordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses gesetzt wird.

28. Bübed: Der Gesetztag, 75 Genossen in Rostock, Northeim, Hettstadt, der Saalburg von Nordbahnhof und des 18. fach. Wahlkreises; Der Beschluss des Nürnberger Parteitags über den Antrag 90, betreffend die Ablieferung des Tagessarbeitsverdienstes am 1. Mai, ist aufzuheben.

29. Bübed: 11., 12., 13., 14. und 15. fach. Wahlkreis:

Der Beschluss 90 des Parteitags in Nürnberg ist aufzuheben.

Sollte der Parteitag diesem Antrag nicht zustimmen, dann ist der Beschluss 90 ja gut los:

Die Angestellten der Gewerkschaften, der Partei und sonstiger Arbeitervorstände, die Angestellten und Arbeiter der Gewerkschaften und der privaten Betriebe sowie die selbständigen Gewerbetreibenden, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind und die am 1. Mai die Arbeit ohne Lohnentnahme beginnen, sind verpflichtet, neben etwaigen Beiträgen zu dem Bezugsfond zugunsten der Maifeiergesetzten eine Summe pro tausend Mark Jahresarbeitsverdienst an den Bezugsfond abzuführen. Sollte der 1. Mai auf einen geschickten Montag, dann ist dem Antrag vom Jahresarbeitsfond auszuweichen.

30. Hamburg III. Distriktsamt: Gegen alle diejenigen Mitglieder, die sich weigern, den Beschluss des Nürnberger Parteitags, Antrag 90, nachzufolgen, ist das Ausschlußverfahren einzuleiten.

in der Partei beschäftigte Personen, namentlich Arbeiter die am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen können, aber keine Lohnentnahme erleben. Der Parteivorstand gegen diesen Beschluss ist seither nicht gewichen. Will man von der Auffassung abgehen, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft für die Ausbringung der Mittel verantwortlich ist und will man einen Extrabeitrag von kleinen Gruppen erheben, dann muß man auch diejenigen in ihrer Totalität erfassen, die auf gleicher Stufe wie die Angestellten stehen. Der Nürnberger Beschluss wollte auch nicht, daß Partei und Gewerkschaft an Gehältern sparen, sondern daß ein Fonds für die Opfer der Maifeier geschaffen wird, er lautet aber, daß der Tagesservice an die Partei oder Gewerkschaftsangehörige abgeführt ist. Danach kann der Beschluss nicht aufrecht erhalten werden. Mit den eigenständigen Partei- und Gewerkschaftsangehörigen haben wir wesentliche Differenzen nicht gehabt, aber, wo in Parteibetrieben zahlreiche Personen beschäftigt sind, da ist es mitunter zu den größten Schwierigkeiten gekommen. (Sehr richtig!)

Und was soll mit den remittierten Genossen geschehen? Nach § 23 des Organisationsstatuts kann nur beharrliche Widerrede gegen Parteibeschlüsse den Ausschluß nach sich ziehen, beharrliche heißt aber wiederholte. Es ist vorgelommen, daß Genossen, die den Tagesservice vor drei Jahren abgeführt haben, diesmal nicht bezahlt, und umgekehrt. (Geister richtig!) Schließlich kann man doch nur einen oder einige wenige Genossen ausschließen, aber nicht etwa eine große Anzahl von den in einem Parteibetrieb beschäftigten. So kommt es dahin, daß durch den Nürnberger Beschluss nur immer schwächer Konflikte erzeugt werden. Mit Bezug auf den Eventualantrag gefestigt, da wir annehmen, daß an dem Gedanken, die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen heranzuziehen, festgehalten wird.

Unser Eventualantrag will die unsame Fassung des Nürnberger Beschlusses bestätigen. Wir wollen alle Gruppen erfassen, den Arbeiterturnerbund, den Arbeiterradfahrer- und, die Konsumvereine, die Gilfsvereine, die Juweliere, die Angestellten, die Angestellten in anderen Krankenanstalten. Dann kommen noch eine große Anzahl von Arbeitern in Berufsfach, die am 1. Mai nicht arbeiten, aber an ihrem Lohn keine Entnahme erleben. Es muß auch die Möglichkeit gegeben werden, weniger als den Tagesservice abzufordern. Man denkt da an arme Witwen mit Kindern, die als Aufwarteservice tätig sind, an fränkische Arbeiter, die gerade in der Zeit um den 1. Mai einen Unterhelfer gefunden haben. Wir wollen, daß der 1. Mai möglichst vollkommen gefestigt wird. Gerade darum aber müssen unbedrängbare Verhältnisse aufgehoben werden.

Ludwig-Hagen:

Hassen Sie sich auf den Eventualantrag nicht ein, er vereinfacht die Sache nicht, er würde den Krieg nur weiter fortführen. Wenn Sie konsequent sind, dann müssen Sie den Nürnberger Beschluss aufheben, dann werden wir Frieden in unseren eigenen Reihen bekommen. Der Beschluss in Nürnberg ist ein Ausnahmegesetz. Geben wir das ruhig zu. Auch die Partei kann einmal einen Beschluss haben, der nicht sehr glücklich ist. Geben Sie den Beschluss auf, damit wir freie Hahn haben.

Gente-Hamburg:

Ich möchte Sie bitten, alle zu diesem Punkt gestellten Anträge abzulehnen. (Sehr richtig!) Ich kann mich nicht der Ansicht von Lipinski anschließen, das der Nürnberger Beschluss ein Ausnahmegesetz ist. Wenn wir Vergleiche ziehen zwischen den Angestellten und den Arbeitern, die trotz der Gefahr der Mahregelung in 1. Mai durch Arbeitslosigkeit befreit, dann sollten wir uns eigentlich schämen, daß hier beansprucht wird, solche Opfer für die Zukunft nicht zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Anträge fassen nicht die Sache nicht, er würde den Krieg nur weiter fortführen. Wenn Sie konsequent sind, dann müssen Sie den Nürnberger Beschluss aufheben, dann werden wir Frieden in unseren eigenen Reihen bekommen. Der Beschluss in Nürnberg ist ein Ausnahmegesetz. Geben wir das ruhig zu. Auch die Partei kann einmal einen Beschluss haben, der nicht sehr glücklich ist. Geben Sie den Beschluss auf, damit wir freie Hahn haben.

Damit schließt die Vormittagssitzung.

den Bank herausbeschönren, wollen Sie auch die ausüben? (Sehr richtig!) Lehmann-Dresden.

Ich möchte mit Ihnen nachmachen, daß die Gewerkschaften und dabei auf die Bedeutung der Maifeier hinzuweisen. Wir haben im vierten fachlichen Wahlkreis beschlossen, diejenigen zu zuschließen, die sich weigern, den Maifeier abzuführen. Es waren 41. Am nächsten Tage erschien im Dresdener Tagblatt, einem Blatt, das vom Reichsverband mittrieb, unter Bericht, es sei mit Kloß verfeindet. (Hört hört!) Eine große Anzahl der Partei und Gewerkschaftsangehörigen haben sich aber, andere geben vor, sie hätten eine Bewegung angefangen sind. (Hört hört!) Eine solche Sache wäre nicht sensatio- (Hört hört!) Wir erwarten, daß der Parteitag mit einer solchen Anschauung nicht einverstanden ist, und bitten um Annahme. (Hört hört!) Unitags Hamburg III. (Beifall.)

Simon-Nürnberg:

Ich habe in Nürnberg gegen den Antrag gestimmt, weil ich ausfuhr, daß er ein Auskundschaft ist. (Sehr richtig!) Ich kann Ihnen, ob alle Parteigenossen gefeiert haben oder nicht. Gewerkschaftsbeamte haben erklärt, sie könnten nicht feiern. Sie haben Bureau am 1. Mai überhaupt nicht feiern, sie mögen Untertätigungen auszuführen. In Magdeburg haben sich die Brüder beigegeben, das gesamte technische Personal mit wenigen Ausnahmen geweigert, den Beitrag abzuführen. Was wollen Sie sie alle ausschließen? Wenn Sie den Antrag auf Aufhebung des Beschlusses ablehnen, dann müssen Sie die Hamburger Antrag annehmen. Über uns denn geschoben, daß Sie die Maifeier gefördert oder zu Strafe getrieben wird, und Sie verantworten. Wir müssten auch in Nürnberg eine Fassung, weil ich nichts in die Partei hineinwerfen will, wo es zu einem inneren Streit kommt. Nürnberger Gewerkschaftskomitee haben den Durchführungsbericht ihres Jahreskommittments vorgelegt und da nicht ganze Pfennige herausgestrichen, Pfennige weggestrichen. (Lebhafte Hört hört!) Ich schaue nicht zum Nürnberger Beschluss auf, ich schaue auf die Partei und Gewerkschaften, die uns die Widerwillen. Wie kommen nicht zur Seite, wenn wir nicht den Nürnberger Beschluss aufheben. (Beifall.)

Vorsteher: Dies schlägt Verlogung vor und teilt mit, ich habe den Wunsch ausgesprochen, ich am Freitag mein Werk vor über die Maifeierabgaben zu halten. Wir haben heute noch die wunderbare Kritik unseres Beibel bewundert und können ihr die Pause wohl gönnen, damit er morgen wieder diefele Kritik zeigt. (Beifall.)

Damit schließt die Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung:

Nach Eröffnung der Sitzung durch Dieb modifiziert Lipinski Leipzig dem Parteitag Mitteilung vom Ableben des alten Parteidienstlers Julius Körting Leipzig, der schon ein Reich und Mitglied mit Sachse gekämpft hat und in allen Kriegen die über die Partei dahingefeuert, getreulich seine Pflicht erfüllt. Der Parteitag ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Beben von den Bildern.

Darauf wird in der

Disputation über die Maifeier fortgeführt.

Welt-Potsdam:

Pfannschlach hat den besseren Besuch der letzten Maifeier auf die günstigste Konjunktur zurückgeführt. Über auch andere Momente haben mitgespielt, namentlich die Geschlossenheit, mit der Parteivorstand und Generalkommission für die Maifeier eintreten. Über unten wird noch vielfach eingangs verneint. Viele führen der Gewerkschaften sind noch vielfach gegen die Maifeier. Es ist nicht immer aus Gerechtigkeitsgründen, die gegen den Nürnberger Beschluss sehr gute Erfahrungen gemacht, wir haben im ersten Jahre annähernd 11000 M. für den Maifeier vereinbart, und in diesem Jahr werden es weit über 12000 M. werden. Gewörgelt haben bei uns nicht diejenigen, die wirtschaftlich am schlechtesten stehen, sondern diejenigen, die am besten ge stellt sind, die Einkommen von 12000 M. haben. (Hört hört!) Wenn wir es bei dem Nürnberger Beschluss einmal auf dem nächsten internationalen Kongreß auszeichnen,

Durch das Abkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand wird der Maifeier nicht der Weg gewesen, sondern die Abkommen ist geeignet, der Neige den Schwung höchstens abzuheben. Die Mittel, die durch die Sammlungen aufgetragen werden, reichen nicht im entfernsten aus, und das ist ein Fehler, um sich für die Arbeitsschule am 1. Mai. Wenn die wirtschaftliche Konjunktur schlechter wird, dann werden die Unternehmen ganz andere Maßnahmen ergreifen, und dann kann wir fest. Wir müssen auch den ausländischen Genossen, die in Paris mit solcher Begeisterung für den internationalen Weltfeiertag eingetreten sind, klar machen, daß die Einkommen von 12000 M. haben. (Hört hört!) Wenn wir es bei dem Nürnberger Beschluss nicht durchgeführt wird, es ist das ein Disziplinbruch. Unterstützungen sollte nur überhaupt nicht geben. Wir sollten den Nürnberger Beschluss überhaupt nicht gießen, wir müssen die allgemeine Beiträge von allen aufrecht erhalten und allgemeine Beiträge von allen Parteigenossen für den Maifeier erheben.

Welt-Hamburg:

Auch die Genossen, die früher gegen die Maifeier auf die günstigste Konjunktur zurückgeführt. Über auch andere Momente haben mitgespielt, namentlich die Geschlossenheit, mit der Parteivorstand und Generalkommission für die Maifeier eintreten. Nur der Nürnberger Beschluss ist ein Ausnahmegesetz ist, wenn wir gegen den Nürnberger Beschluss protestieren, Welfisch liegt dem Protest gegenüber, daß gegen die Maifeier überhaupt nichts ist. Sie kann nicht energisch gezeigt werden. Rechts ist der Grund. Sie muss noch energisch gezeigt werden. Rechts ist der Bürgerlichen Gesellschaft durchzuführen, als das Gebante, eine von einem einheitlichen Willen durchgeführte, einheitliche Arbeitersozialisation vor sich zu haben. Wenn Beiträge nicht gezahlt werden, so ist das ein Disziplinbruch. Unterstützungen sollte nur überhaupt nicht geben. Wir sollten den Nürnberger Beschluss nicht angeführt werden können. Nehmen Sie alle Anträge ab und lassen Sie es bei dem alten Zustand, sonst wird die Maifeier nur geschädigt.

Leinert-Hannover:

Wie will man die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses fertigen, wenn man brauchen in den Versammlungen die Arbeitnehmende für die beste Form der Maifeier einzufordern. Nur der Antrag Bübed, der abermals den Internationalen Kongreß mit der Maifeier befreien will, scheint aus anderen Gründen herausgegangen zu sein. Die Aufzegung und Teilnahme, bevorstehend von Simon und Peters verfehlt ist nicht. Sie steht eine Schaltung der ganzen Organisation zu befürchten, wenn wir den Nürnberger Beschluss nicht aufheben und auf die Ablieferung des Tagesservice der Angestellten am 1. Mai verzichten. Da muß es mit dem festen Gefüge der Partei nicht zum besten sein und dann könnte man vor den Kämpfen Kraft haben, die noch bevorstehen. Weniger über Preis habe ich mich nicht wundern, als über Simon, dem Führer einer Zentralgewerkschaft, der so spricht, daß es doch stark. Über will man nicht schädigen? Nichts Sachliches hat gegen den Nürnberger Beschluss angeführt werden können. Nehmen Sie alle Anträge ab und lassen Sie es bei dem alten Zustand, sonst wird die Maifeier nur geschädigt.

Wie will man die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses fertigen, wenn man brauchen in den Versammlungen die Arbeitnehmende für die beste Form der Maifeier einzufordern. Ich verstehe die Anträge einfach nicht. Wie können, eins der Beiträgen der Arbeitnehmer befriedigt werden. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen man gar nicht reden. Von einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist diefele, die seitlich, die nicht auf dem Tagesservice abzuführen. (Sehr wahrs!) Eine Reaktion ist im großen Maße überhaupt nicht, denn wenn wir noch dem Recht folgen, wollen, dann muß der Beschluss hochgehalten werden. (Gutierrez) Und wenn einem Gegenstand zwischen dem Nürnberger Beschluss und dem sozialrevolutionären Tagesservice kann man gar nicht reden. Das ist die



ausgeführt hat, welche Stellung er im Parteidienst einnimmt. Ich und meine übrigen Vorstandskollegen können nur voll und ganz in dieses Dokument einstimmen. Das muss aber auf ausdrückliches Erfordernis vom Genossen Ebert erklärt werden, dass er seine Tätigkeit stets in voller Ueberzeugung und in freundschaftlicher Aussprache mit den Vorstandskollegen ausgeübt hat, und das er es ablehnen müsste, doch ihm dies als reineres Verdienst angerechnet wird. (Applaus)

Auf die Verhandlungen über die Kandidatur Haase will ich nicht eingehen. Ich will nur, da ich selbst diese Verhandlungen gepflogen habe, erklären, dass Haase erst nach wiederholten Erfragen von meiner Seite und unter ausführlicher Begrimmung, warum ich und die Kollegen im Vorstand seine Kandidatur wünschen, und nachdem er sich eine längere Bedenktzeit ausgehen ließ, zugesagt hat. Es unterliegt keinen Zweifel, dass Genosse Haase — ich habe das vielleicht gegen seinen Willen hervor — mit der Annahme dieser Wahl zunächst ein großes Opfer bringt. Er hat als Reichsanwalt in Königsberg eine ausgezeichnete Praxis, die er sehr würdig aufzuzeigen muß. Er muss mit seiner Familie, die in Königsberg total eingesetzt ist, Königsberg verlassen und es werden ihm ganz erhebliche finanzielle Opfer auferlegt. Trotzdem hat er sich auf mein wiederholtes Drängen schließlich bewegen lassen, eine Kandidatur anzunehmen, und in der weiteren Aussprache, die hier zwischen anderen Genossen und ihm stattgefunden hat, hat er erklärt, dass er es für seine selbstverständliche Pflicht halte, sobald er in Berlin installiert sei, jeden Tag eine geraume Zeit in dem Bureau zugubringen, um sich dort über alle Eingänge zu informieren und mit den Kollegen freundlichkeitliche Beratungen zu pflegen, sowie das außerhalb der allgemeinen Vorstandssitzungen erforderlich sei. (Applaus) Wie haben diese Aussage ganz besonders freudig begrüßt. Diese Einrichtung hat bisher nicht bestanden, sie kommt in diesem Maße dem Verlangen entgegen, dass ein Vorsitzender da u. r. auf dem Bureau beschäftigt sein soll. Wie also sind der Meinung, dass wenn Genosse Haase möglich auch nur eine Stunde auf dem Bureau abbringt, das in vollem Maße genügt, um seinen Posten auszufüllen, was übrigens auch bei seiner außerordentlichen Gewissenhaftigkeit nicht dem allergeringen Zweifel unterliegt.

Ullrich, Offenbach:

Wie verkenne die Grüne, die für die Kandidatur Haase sprechen, an sich nicht, aber da wir uns in einer Periode der Reorganisation befinden, sind wir der Meinung, dass wir ein starkes Stück Verantwortlichkeit auf uns laden, wenn wir jemanden aus seiner bisherigen Situation herausnehmen. Wir halten es für weit wichtiger, wenn wir uns zunächst einmal darüber klar werden, wie wir in Zukunft die Reorganisation gestalten wollen, weil wir dann leichter unserer Einschätzung fassen können, als wenn wir uns mit der Wahl von Haase in einer Richtung festgelegt haben, die man vielleicht nicht beabsichtigt hat. Alles was zur Empfehlung von Haase angeführt wird, hat von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, leider gerade eine bedenkliche Seite (Sehr richtig! Widerspruch!) und deshalb wenden wir uns dagegen. Wenn ich die rein persönliche Seite mit ein paar Worten berühren soll, was unvermeidlich ist, so muss ich doch feststellen, dass ich und eine Reihe anderer Genossen zu der Überzeugung gelommen sind, dass wir in Ebert einen besseren und zuverlässigeren Vorsitzenden hätten, hinsichtlich der ungeheuren Aufgabe, die Partei eingezogen zu halten. Das ist eine Frage, die weit wichtiger ist, als alle persönlichen Rücksichten sonst. Es kann niemand anders sein, als er sich betätigt hat. Die Betätigung von Ebert bietet uns eine viel größere Sicherheit dafür, dass die Partei unter seiner Leitung zusammengehalten und vorwärts getrieben wird zum Segen der gesamten Arbeiterbewegung.

Bebel:

Es ist ja Sache eines jedes einzigen, wie er den Charakter der in Frage stehenden Personen beurteilt. Ich möchte nur ausdrücklich erklären — und ich glaube, ich habe die volle Zustimmung von Ullrich dazu, dass er mit dem, was er hier über die Charaktere der beiden Genossen angekündigt hat, in seiner Weise sagen will,

dass Genosse Haase minderen Charakters ist. (Lach.) Da bin ich ganz Deiner Auffassung! Ich konstatiere das nur, damit keine Missverständnisse nach außen auftreten. Was das andere betrifft, das Genosse Haase mit die erstaunlichen Eigenschaften besitzt, die die Konstituierung für das Gesamtkomitee der Partei bilden, so weiß ich ja ganz genau, wohin Genosse Ulrich mit dieser Meinung steht. Ich werde an seiner Stelle gar keine Bedenken getragen haben, das offen auszuwidersetzen. Ich erkläre weiter, dass ich ein bestmögliches Bedenken von Ullrich und seinen Freunden ganz natürlich finde, aber ich glaube, wie ziehen aus dem Verhalten des Genossen Haase auf dem Magdeburger Parteitag durchaus falsche Schlüsse. Weder der Haase näher kennt, noch, dass er ein außerordentlich lenkendes Mann ist, dem an nichts weniger gelegen ist als an Differenzen. Der Vorsitzende ist doch nicht die entscheidende Verantwortlichkeit im Vorstand, die solche Dinge auf eigene Faust entscheiden könnte. (Sehr gut!) Er würde dann — das erkläre ich, der ich die Kandidatur Haase auf das allerschiedenste befürwortete, und heraus — in mit den allerentschiedensten Gegner finden. Solche Befürchtungen sind also absolut unbegründet. Aber Ihr werdet uns nicht überzeugen, und wir überzeugen Euch nicht. Wie legen ganz besondres Gewicht darauf, im Vorstand einen Juristen zu haben. Wir sind außerordentlich oft in der Lage, juristischen Rat einholen zu müssen, und Genosse Haase ist notorisch ein sehr tüchtiger Jurist. Während wir jetzt von außerhalb Rat holen müssen, wodurch die Vergütung eintreibt, hätten wir im Falle der Wahl von Haase den richtigen Mann im Vorstande selbst. Das ist für mich und meine Kollegen ein sehr wesentliches Moment, was den Wert der Kandidatur Haase erhöht.

Dann ist die Besprechung der Kandidatenfrage erledigt. Vorsitzender Dier: Für die ältere Kommission sind seitens der Landsmannschaften im ganzen 21 Genossen vorgeschlagen. Die Hoffnung, dass weitere nicht vorgeschlagen würden, hat sich nicht erfüllt, indem die Brüder Westfalen für sich ein besonderes Mitglied für diese Kommission beantragt und der Vorsitz der Landsmannschaften noch den Vorschlag König-Dortmund hingegangen hat. Es wäre auch denkbar, dass der Parteitag statt einer 21. gliedrigen eine 22gliedrige Kommission wählt. Dann werden alle persönlichen Differenzen ausgeschlossen sein.

Lipinski-Leipzig beantragt, auch dem Industriegebiet in Westfalen eine Vertretung in der Kommission zu gewähren und deren Mitgliederzahl auf 22 zu erhöhen. Diesem Antrag wird zugesagt.

Auf Antrag Bebel wird nunmehr die 22. Kommission per Abstimmung gewählt. Sie besteht aus: Otto Welt-Berlin für Brandenburg, Dr. Gottschall-Höngersberg für die östlichen Provinzen, Franz Feldmann-Langenbielau für Schlesien, Dittmann-Solingen für Ober- und Niederrhein, Seiner-Hannover für Hannover, Hoch-Hanau für Frankfurt a. M. und Kassel, Parcels-Ulrich für Holstein, Stubbe-Hannburg für Hamburg, Hennig-Salle für Sachsen, Simon-Kaldenberg für Baden, Kuet-München für Bayern, Georg-Mannheim für Baden, Simmermann-Dresden für Sachsen, Lipinski-Leipzig für Sachsen, Hildenbrand-Stuttgart für Württemberg, Steinhäus-Erfurt für den Bezirk Thüringische Staaten, Huber-Lamp-Bremervörde für Bremen und Oldenburg, Ullrich-Offenbach für Hessen, Völker-Gießenburg für Württemberg, König-Dortmund für Westfalen und Käte Dunler-Stuttgart für die Frauen.

Hierauf erhält das Wort zu einer Erklärung

Eichhorn:

Der Parteitag hat den Antrag 60, gestellt von Tröbinger-Karlsruhe, der Beitragsabrechnung überwunden. Der Antrag verlangt, dass die in Abten entstandenen Diskutierclubs, deren einer sich "März-Club" nennt, entgegen einem Beschluss des Abenteilungspartitages vom gegenwärtigen Parteitag für zulässig erklärt werden. Ich habe hierzu folgende Erklärung abgegeben: Die Gründung des Diskutierclubs erfolgte in der Röhr, mit Hilfe dieser Organisationen auf die Durchführung des Beschlusses des Parteitages zu-

Budgetfrage hinzuwirken. Diese gute Absicht möglicherweise die Klubs zu Sonderorganisationen zu machen, die die Einzelne auf die Zusammenfassung der Verwaltungshierarchien im Lande und auf die Tätigkeit der Kreisorganisationen verzichten und dadurch mit dem Organisationsamt in Widerstreit treten, ist unbestritten das Meiste der Genossen ist, sich auch außer den Rahmen der Organisation über theoretische und wissenschaftliche Fragen zu beschäftigen, so wenig durchscheinen kann. Mit telegraphischer Bekanntmachung der Ausschreibungen ist deshalb der Antrag Tröbinger auch.

Vor. Dier: Ich werde das der Beitragsabrechnungskommission weiterleiten; damit ist die Angelegenheit erledigt. Zu einer weiteren Erklärung erhält das Wort

Genossen Tunster-Stuttgart:

Genossen Neßl hat gestern in einer persönlichen Erklärung in zwei Punkten zu widerlegen versucht, was ich gesagt habe. Es ist nämlich ganz gleichgültig, ob der Genossen Neßl auf der Württembergischen Landesversammlung mit seiner Stimme zuerst zu Wort kam. Tatsache ist, dass Neßl sich im Rahmen sachlicher Erörterungen bewegte, welche nachher die schwersten persönlichen Angriffe gegen ihn erfolgten. Auch ist ferner, dass, wie Neßl in seiner Feststellung zu andern hat, Westmeyer auf die persönlichen Angriffe nicht mehr etwas zu leisten wusste, weder im Rahmen des Schlußmordes, noch in der persönlichen Beleidigung. Also genau was ich gesagt habe, hatte über die prinzipielle und taktische Haltung der "Sozialen" auf der Landesversammlung entstanden sei, so kommt das Geringste gegen meine Behauptung, dass die "Schlußmorde" schon seit Jahr und Tag in Widerstreit mit den Sätzen der Stuttgarter Parteigenossen steht. Wenn diese befriedigkeitlich sich so weit verdichtet hat, dass sie zu einer Wiederwahl als Mitglied der Parteigenossen vorhanden gewesen, so längst in den Reihen der Parteigenossen vorhanden gewesen. Unzufriedenheit der Stuttgarter Genossen mit der "Schlußmorde" deutet seit der Zeit, wo sie aufging, die operativen Politik der Mehrheit der Landtagsfraktion zu verhindern, nicht in den letzten Jahren immer stärker in den Parteidienst ein, zum Ausdruck gekommen. Damit glaube ich festgestellt zu haben, dass Genossen Neßl die Richtigkeit meiner Ausführungen in keiner Weise erschüttern kann.

Vorsitzender Dier: Die neugetretenen Delegierten Stuttgart-Saaren und Rapp erfreuen mich, mich im Wahlbezirk erläutern zu können, das sie gestern gegen den Antrag Neßl gestimmt haben würden, wenn sie bereits anwesend gewesen wären.

Vorsitzender Dier: Das Wort kann ich Ihnen jetzt nicht geben (Große Unruhe und erregte Rufe bei der Mehrheit der württembergischen und badischen Delegierten). Wenn Sie eine persönliche Erklärung abgeben wollen, müssen Sie sie vorher aufschreiben. Ich habe auch den Genossen Tunster gesagt und hingegeben zu werden, um alles zu entfernen, was eine Wiederholung der Diskussion zur Folge haben könnte. (Gildenbrand) Das hätten Sie jetzt auch sagen müssen, das ist etwas zu erhöht, ganze Organisationen zu beschimpfen. Einige gute Ratschläge der obenbezeichneten Delegierten. Ich habe gehofft, dass Gildenbrand das Wort zu einer Erklärung gegeben, die ohne Entfernung entgegenzunehmen wurde. Das gleiche war getan in Heil der Hall, wenn auch gestern der Versuch gemacht worden ist, dass Diskussionen daran zu knipsen. Ich lasse Sie nur darauf hinweisen, Ihre Erklärung schriftlich einzulegen.

Leber teilt mit, dass es ausgeschlossen sei, den Parteidienst morgen zu Ende zu führen. Das Ratzlicht findet daher, wie geplant, morgen nachmittags statt. Heute abend geben die Jenenser Genossen den Parteidienstmitgliedern einen Konzertsaal im Volkshaus.

## Soziald. Verein Dresden-Alstadt

Den Parteidienst hierdurch zur Kenntnis, dass unser langjähriges Mitglied, der Steinmetz

## Karl Lange

im Alter von 40 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung fand bereits heute Freitag, mittags 12 Uhr, im Dresdner Krematorium statt. Der Vorstand

## 6. Kreis, Bezirk Rabenau.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass der Parteidienst

## Metallarbeiter Hermann Groß

aus Obernaundorf im 48. Lebensjahr verschieden. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Bezirksverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Abscheiden meines treuen Gatten, unseres Bruders, Schwagers und Onkels, des Fleißarbeiters

## Ernst Dürsel

durch Schrift, Blumenstrauß und Geleit zur letzten Ruhestätte zu führen wort uns gebeten, allen unseren liegenden Denk aufzupreden.

In tieffester Trauer

Anna Dürsel nebst Angehörigen.

Für die vielen Beweise lieboller Teilnahme und Ehrang sowie den überaus reichen Blumenstrauß, den erhebendes Gefühl und das freimüttige Tragen beim Hinscheiden unschätzbar unvergleichlichen Entschlafenen, Herrn

## Ernst Emil Schubardt

sagen wir hierdurch allen unseren liebgestülpften Paul.

Dresden, den 18. September 1911.

Die lieftauernden Hinterbliebenen.

Das am 14. September erfolgte schmerzhafte Hirnhirn unserer innigst geliebten Tochter

## Anna

zeigt lieftreibt und um stilles Geleid bitten hierdurch an

Restaurant Liebergoth. Familie Hoffmann.

Die Beerdigung findet Sonntag den 17. September, zehn

2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

# Teures Fleisch aber billige Fische

Wir empfehlen in feinsten, lebendfrischer Qualität:

Helgol. Schellfisch v. 18-45 Pf. | Goldbarsch . . . . . Pf. 24 Pf. | Knurrhahn, groß . . . Pf. 25 Pf.

Prima Kabeljau im Anschnitt . . . Pf. 25 Pf.

Prima Schellfisch im Anschnitt . . . Pf. 30 Pf.

Bratschollen . . . Pf. 80 Pf. | Rotzungen, groß . . . Pf. 60 Pf. | Fischfilet, bratfertig . . Pf. 50 Pf.

Tafelzander, groß, Pf. 100 Pf. Hellbutt, ohne Kopf, Pf. 90 Pf. Steinbutt Pf. 130 Pf.



## Nordsee nur Webergasse 30

Telephon Nr. 2471.

Niederlagen: Görlitzer Straße 1 und Oskar-Höfe 21.

## Kraft-Sportverein Radebeul

Mitglied des Arbeiter-Athleten-Bundes.

Gegründet 1905.

Samstag den 17. Sept. in der Gold. Krone, Radebeul

## Herbstvergnügen vor. Rekrutenabschied

Darbietungen:

Konzert, athletische Aufführungen, Gabenverlostung, Ball. Einlaß 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Hierzu laden freundlich ein

Der Vorstand.

## Pauls Gasthof, Zschiede.

Sonntag den 17. Sept. Bratwurstschmaus.

Hierzu laden freundlich ein

Rudolf Paul u. Frau.

## Herbst-Neuheiten

1911

Elegante Herren-Anzüge von 15-45 Mk., Herbst-Paletots, Ulster, Pelerinen, Sport- u. Radfahrer-Anzüge, -Hosen, Knaben-Anzüge, Stoßhosen, -Juppen, Sweater, Berufskleidung, Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten usw. usw.

Potschappel Otto Paul Potschappel

Wohnung 101-102, 103-104.



## Echte Grammophone

mit den bekannten Schutzmarken in jeder Preislage.

Volle Garantie auf jedem Apparat.

Größte Auswahl in Platten jeder Art.

"Grammophon" H. Weiß & Co.,

Int. Max Wendlandt,

Dresden-A., Prager Straße 21, Eingang Struvestraße

Chemnitz, Kronenstraße 18.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten hierdurch die traurige Nachricht, dass meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter und Schwester, Frau

## Ida Schimmel

Donnerstag vormittag 8 Uhr nach kurzem schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist. Dies zeigt lieftreibt an

Niederhäslich. Der trauernde Sohn Bruno Schimmel

am 14. September.

nebst Hinterlassenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag vormittag 11 Uhr vom

Trauerhause, Nr. 70b, auf.



# Zoo logischer Garten : Von Kairo bis zum Sudan

Nur für kurze Zeit!

große Völkermarkt mit mehr als vierzig Eingeborenen:  
Kanner, Weiber und Kinder.  
Agyptische Kunsthändler: Silberschmied, Schuhmacher, Töpfer, Drechsler. Vier Original-Derwische:  
Syr. Schwertkämpfer, Zauberer, Wahrsager, Musiker.  
■ Bauchtänzerinnen ■ Arabisches Café. Agyptische  
Dorfsschule. Sudanesen-Küche und -Bäckerei.  
Von 10—12 Uhr und von 3—6½ Uhr ununterbrochen Vorstellungen.  
Jeweils zwei Vorstellungen: Erwachsene 10 Pf., Kinder 5 Pf.  
Schulen unter Führung Person 10 Pf.

## Varieté Musenhalle

Täglich mit viel Besuch aufgenommen:  
**Esklavenbefreiung.** Schwank in einem Alt.  
**Der Brandstifter.** Lebensbild.  
Zwie der vorzügliche Zollententeil.  
Zum Schluss: Kino, neue Bilderserie.  
Wochenmagazin "Vorzugstexten" Gültigkeit.

Sonntags 2 Vorstellungen: 4—7, 8—11 Uhr.  
Nachmittags 1 Kind mit Eltern frei.

**Im Ballsaal:** Sonntag und Montag bis 1 Uhr:  
Beste Ballmusik  
des Dresdner Westens

## A. Kühnel's Restaurant

Zwickauer Straße 31.

Täglich: Grosses Konzert des Riesen-Orchestrious  
mit den lebhaftesten und geschwungvollsten Liedeffekten.  
Das muss man gesehen!! Das muss man gehört haben!!

Renoviert! Renoviert!

## Restaur. Sternhof

Mietkenn, Sternstraße, Ecke Lützowstraße  
bringt seine vollständig neu vorgerichteten Lokalitäten in empfehlende  
Erinnerung. Küche und Keller in bekannter Güte. Vereinszimmer  
jetzt zur Verfügung. Um gültigen Zuschuss bitten Ernst Schreyer u. Frau.

## Gasthof Birkigt.

Sonntagnachmittag den 16. September  
**Rein-Gold-Sänger.** Nachdem BALL.  
Sonntag den 17. September

## Der berühmte Damenball.

Probieren und fordern Sie die  
Süssrahm-Margarine

## Westfalenkrone



Jedes Paket trägt nebenstehende  
Schutzmarke.

und Sie werden anerkennen, dass Sie in diesem mit vielen goldenen  
Medaillen Oktober 1910 mit der Staats-Medaille ausgezeichneten  
Fabrikat einen vollwertigen Ersatz für Butter gefunden haben.

## Süssrahm-Margarine-Fabrik

Herrn. Meyer  
Lippinghausen bei Herford.  
Fabrik-Direktor:  
Franz Noch, Dresden-N., Försterstrasse 8. Tel. 8450.

## Dresdner Volkshaus

Ritterbergstrasse 2 — Maxstrasse 13.

Sonntag den 17. September 1911

## Beginn der Theater-Saison

unter Leitung von Karl Friedheim, früher Regisseur  
an den Stadttheatern zu Karlsbad, Salzburg, Breslau usw.

„Hasemanns Töchter.“ Volksstück in 4 Akten von L'Arronge.

Eintritt mit Programm 35 Pf. — Einlass 5 Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Trinkt

## Dresdner Felsenkeller-Biere!

Sie sind vortrefflich und preiswert.

Vom 16. bis 23. September d. J. verabreiche ich:

1 Pfund Saalestern	und	1 Pfund Saalestern	und
1 Büchse Fruchtbonbons, ca. 1 Pf. brutto		1 Pfund ff. Marmelade	
zusammen für 93 Pf.			

zusammen für 93 Pf.			
---------------------	--	--	--

**Elsa Vogel, Deuben, Dresden Straße 66.**

## Konsum-Verein Vorwärts

Dresden.

Infolge der hohen

## Butterpreise als Ersatz:

Speck, prima geräuchert . . . . Pfd. 90 Pf.

Speckfett . . . . . 90 "

Sehmalz, garantiert rein . . . . . 72 "

Margarine, als Ersatz für Molkereibutter . . . . . 80 "

Margarine, als Ersatz für Molkereibutter . . . . . 90 "

Pflanzenbutter, Marke GEG zum Braten und Backen, 1/2 Tafel 30 "

Margarine zum Braten und Backen Pfd. 70 "

Marmelade . . . . . 28 "

Sirup . . . . . 1/2 Pfd.-Büchse 15 "

Sirup . . . . . 1 " . . . . . 30 "

Zuckerhonig . . . . . 1 " . . . . . 40 "

(Von Sirup und Zuckerhonig werden leere 1-Pfd.-Büchsen mit 10 Pf. leere 1/2-Pfd.-Büchsen mit 5 Pf. zurückgenommen.)

Zuckerhonig . . . . . Emaille-Topf 180 Pf.

" . . . . . Emaille-Kaffee-Kanne 225 "

## + Kluge Frauen +

gebrauchen bei Blutstockung nur die echten

## Macon - Tropfen

als unschädlichstes Mittel

Preis pro Flasche Mk. 4.50 und 6.50

Menstruationspulver . . . . . Dose Mk. 2.50

Hygiene. Versandhaus „Haasola“, Dresden-Löbtau, Schillingplatz 19.

Einer geübten Einwohnerin von Nieder- und Ober-

gorbitz, Wölfnitz, Nausslitz u. Umg. beeche ich mich an-

zugeben, daß ich mein

## Schnitt-, Weiß- u. Wollwaren-Geschäft

wieder übernommen habe und bitte um freundliche Unterstützung.

Niedergorbitz.

Berta Mittaseh, Warenhaus.

Billige Kaufgelegenheit

in g. herz. getr. wie a. neuen H-

und D. Kleidern, Schuhen, Federn,

Wäschereien, Änderungen, Verleihen

10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

300 Damenhemden

zu bequem herabgel. Preisen.

Fabrikat Serrestr. 10, 1.

Separate Frauenbedienung.

## Herren

welche sich elegant kleiden und  
wenig Geld ausgeben wollen,  
bietet für billige Gelegenheit.  
Gute Mahanguje v. M. 8.—, 12.—,  
16.—, Überzieher v. M. 5.—, Hosen,  
Schuhe v. M. 2.—, Westen u. 80 Pf.  
Großauswahl b. Damengarderobe  
ganz kostüm v. 5—10 M., Blumen,  
einzelne Röcke v. 2 M. Schröde u.  
Grundstück werden verliehen.

## Nur Galeriestr. II.

12 Kabinett-  
Photographien von 3 M.  
an liefert  
Photograph Rich. Jähnig  
Marienstraße Nr. 12  
im Hause von Beigel & Sohn.

## Fahrrad-Reparaturen

sowie Zubehör empfiehlt billig

Hugo Pötschke, Mechaniker

Neue Gasse 26, gegenüber d. Serrestr.

## Frauen

gebrauchen bei Störung echte  
Periodenpulb. u. tropfen 2.50  
u. 5 M. Alle hyg. Bedarfartik.,  
wie: Gummi, Wattepulv.,  
Leibbinden u. zu Tropfpreis.  
Nat unentgeltl. Preisel gratis

E. Platzlich, Dresden-A.  
Zahnsg. 7.

## Geraer Kleiderstoffe!

Resto! Verwendb. für Kostüme,  
Kleider, Röcke u. Blusen zu enorm  
billigen Preisen

Fabrikat Serrestr. 10, 1.

## Gelegenheitskauf

in neuen u. getragenen

## Herrenkleidern

Wetterkragen etc.

Luisenstraße 20, I.

## Franz! Frauen!

Bei Periodenstörungen nehmen  
Sie nur mein erprobtes garantiert  
unschädliches Mittel.

Merk 6.00 u. 4.00, 1.5 Proz. Rabatt!

Keine Tropfen! Keine Pulver!

Verwandt: Amor, Frauenk. 8.10

Werner, Böhm.

## Schwarten, Spiebel

a. Blasius 20 M.

Wurstfett a. Blasius 40 M.

haben jederzeit abholbar.

Kling & Co., Niederstraße

Damenkleider und Blusen

Fr. Alber, Böhm.

Deutsche Forschungsgemeinschaft

gefördert von der

DFG



rrren-Stiefel  
men-Stiefel  
pazier-Stiefel  
nntags-Stiefel  
und ohne Lackkappe  
Einheits-Preis

**675**

Box-, Chevreau-  
und Lackleder

**huh-Stiefel**  
nder-Stiefel  
nz-Schuhe  
us-Schuhe  
besonders billig.

**chuh-Haus**  
**Modern**

en, Wilsdruffer Strasse 30  
part. u. 1. Etage.

**rautleute**  
en solid und billig gefunden  
lich bei

**öbel - Hesse**  
eden, Rosenstrasse 45  
zum bei Zeitzahlungen.

**Auf Kredit!**  
obel u. Polsterwaren  
ren- u. Damen-  
Konfektion  
nderwagen  
che + Federbetten  
e 3 M. Woche 1 M. an  
ithaus Miersch  
artenstr. 13, I. u. II.  
entraler Drei Raben.

**Nieke**  
urgasse 2  
ne Hause  
en pa. Schu-  
Gummistoff  
fundet.  
und Kleider-  
straße 33  
derdecksme-  
6 Gebet  
llig zu verlei-  
r. Rotebe-  
n. Spiebe-  
n. 20 M.  
a. Pid. 40 M.  
zeit abge-  
Riebenan-  
und Kusen-  
Bürgere 20 M.

**Frauen**  
ikel der Hygiene  
ystier- etc. Spritzen  
lkansen :: Leibbinden  
onalshandlungen etc.  
ur bessere Ware!  
**- Freisleben**  
ur Postplatz.  
an nichts auf Firma!

# Die schönste Frau

## In Dresden

wird stets zu gewinnen sein, wenn Sie elegant gekleidet gehen.  
Es ist für jedermann von grösstem Interesse, dass wir

mit unseren wirklich modernen Garderoben und dabei doch  
staunend billigen Preisen deshalb bekannt geworden sind, weil  
wir auch wenig getragene oder verließene Garderobe führen.

## Prager Straße 26

### Im Kaufhaus für Herregarderoben L. H.

kaufen Sie

#### Getragene Garderobe

zu Mark 12.00, 16.00, 20.00 usw. zu Mark 14.00, 18.00, 22.00 usw.

Wir verleihen Gesellschafts-Anzüge.

## Billige Butter-

preise sind dieses Jahr wohl nicht zu erwarten; ich habe aber einen vorzüglichen **Ührabum-Buttererbsalat**, der als Brotaufstrich zum Braten oder Baden seine Naturbutler vollständig erfüllt. Um diesen Buttererbsalat noch weiter einzuführen, verabfolge ich vom 13. bis 18. September:

1 Pfund Muldenperle, Zehlmargarine, und zusammen  
1 Pfund Blockschokolade, oder nach Wahl  
1 Pfund-Büchse Bonbons

**Martha Müller** vorm. Franziska Wenzel  
Potschappel, Tharandter Straße 9.

**Echt Schinkes**  
magenstärkender

**Wermut-Wein**

Nur echt mit Etikette Schänke & Co. und Streifen, patentamtlich geschützt.  
Zu haben in Drogen- u. Kolonialwarengeschäften u. im Konsum Löbau  
Kellereien jetzt nur Bönischplatz 12

**Robert Weber**  
Weinhandlung · Obstweinkelterei  
**Großenhainer Straße 35**  
Vorliebsteste Bezugsquelle von Weinen aller Sorten  
**Heidelbeer-, Johannisbeer- u. Erdbeerwein**  
erhältlich in den Verkaufsstellen der Konsumvereine **Vorwärts**,  
Dresden-Pieschen und Potschappel und Umg.

## Männer-

Hemden in Bandent 1.00-2.50  
do. Normal 1.00-4.00  
do. weiß 1.10-2.50  
Unterhosen 1.00-4.00  
Unterjacken 0.90-2.50  
Aermelwesten 2.00-9.50  
Socken 0.25-1.20  
do. handgestrickt 1.00

**Ernst Klar**  
Liliengasse 25, port. und 1. Etage,  
Eingang Holzhausenstraße.

**Streichfeinige u. trockne Herben,**  
Lack, Stoffe, Pinjet, Schablonen  
in großer Auswahl empfehlt

**Adler-Drogerie, Potschappel**  
Dresdner Straße 11, alte Feuerwehr-Straße.

**Gute, getragene**

**Serren- und**

**Damenkleider,**

**Frau- und Gehrock-**

**Anzüge verkauft und**

**verleiht ebenfalls**

**E. Nährer, Tharandt 10**

früher Gr. Brüdergasse 8.

**Klapp-Sportwagen**

von 8 M., Arbeitssachen 5.00 bis 25 M., Kinderklappstühle von 0.50 M., Kindermägen

bill. wie in Altstadt

**Luisenstr. 5.**

## Achtung! Achtung!

Heute und morgen werden wieder Mohnsstrasse 62, direkt an der Leipziger Straße, mehrere

pa. **Schweine** verbindet:

a. Bild. 65 u. 73 Pf. Stückstücken 1 Pf.

50 Pf. Spezi. Edmera 1 Pf. 70 Pf.

geräucherter Speck a. Bild. 75 Pf.

Wurstfleisch 1 Pf. 70 u. 75 Pf.

ff. hausgeschlachte Wurst a. Bild. 80 Pf., bei 10 Pf. billiger.

**12 Dresden-A. 12**

**Nur für Herren**

die Wert auf elegante

Garderobe legen, bietet

die Gelegenheit

nur Breite Straße

Zur billigen 12, II.

Reiz-Anzüge von Herr-  
schaften, wenig getragen,

auch für starke Personen.

8, 12, 16 Mark ufw.

**Reiz-Anzüge 6, 10, 15 M. ufw.**

at. Auswahl in Musteranzügen,

Mantel- und Ledershosen und

Juppen, Gummimäntel u. Bett-  
Beleinen, Verleih, u. Verk. von

schwitz. Rad-, Frau- u. Smoking-  
Anzügen, getr. Herren-, Damen-  
u. Kindermode von 1.50 M. an.

einecke Tischdecken, Kassetten von

2 M. an, Phantasie-Mäntel ufw.

Große Auswahl in

Burschenanzügen

von 8 M. an.

**Rinder- u. Schulmäntel** aus

besseren Stoffresten von 3.75 M. an.

Gr. Kleidungsstück auf in neuen

Schulen für Herren, Jugend-  
und Kinder, leichter Japan d. 3 M.

an. teils in Ladypfaffen, sehr preisw.

**Wähler, Dresden** 12, II.

über den Wingerchen.

Bei Kauf eines Anzuges ein Paar

prima Nasenträger gratis.

**12 Kunden von audi-  
sch. Kaufvergleich. 12**

Zeit 3 Jahren litt ich an häu-  
figen Haarausfällen. Schon nach

2 Et. war meine Haut vollständig rein.

8 M. u. Et. 50 Pf. (10% progr.)

u. 1.50 M. (85% progr., höchste Norm).

Da ja **Judaspfennige** nicht sättend

und mild 75 Pf. und 2 M.

zu allen Apotheken, Drogerien

und Parfümerien erhältlich.

**Pickel**

produziert ein und es bildeten sich

seine neuer nicht mehr. Schon nach

2 Et. war meine Haut vollständig rein.

8 M. u. Et. 50 Pf. (10% progr.)

u. 1.50 M. (85% progr., höchste Norm).

Da ja **Judaspfennige** nicht sättend

und mild 75 Pf. und 2 M.

zu allen Apotheken, Drogerien

und Parfümerien erhältlich.

**Frauen**

gebrauchen bei Störung Dr. Blons

Perfidenpulver, Schachtel 2.50.

Rot unentzündlich. Mortalol gratis.

**H. Löffler, vlas** 9

**Edhans, Gummanwendhanlung**

**Klein Laden!**

**Zum Umzug!**

**Gardinen**  
und  
**Teppiche**

**1 Riesenpolster Teppiche**

darunter Prachtstücke in  
echt Tornay, Velours,  
Plüsch, Axminster,  
Tapestry u. Haargarn  
und imit. Perser

darunter u. fl. Baumwolldecken  
Webteppicer, u. ältere Teppics  
10-30 Prog. zurückgelegt.

**Tapisse** 5, 8, 10,  
15, 20, 30 bis 93 M.

**Bett- und Klavier-**  
vorlagen

von 90 Pf. bis 10 M.

**Felle**

von 1 bis 12 %.

**Tischdecken**

in Filzfuß, Tuch und Plüscher

von 90 Pf. bis 15 M.

**Ganze Gedecke**

von 4.50 bis 25 M.

**Portieren**

in Filzfuß, Tuch und Plüscher,

dreiteilig, von 3 bis 20 M.

**Sofabezüge**

der ganze Bezug von 5 bis

30 M.

**Schlafdecken**

von 80 Pf. bis 5 M.

**Kamelhaardecken**

von 8 bis 18 M.

**Steppdecken**

von 3.50 bis 20 M.

**Gegen Zug u. Kälte Fries**

von 1.50 bis 5 M.

**Chaiselongue-Decken**

in Phantasiegewebe und

Gobelin von 5 bis 18 M.

in Plüscher von 15 bis 40 M.

**Gardinen**

at. Polster, hochwertige Qualität.

Wester von 30 Pf. bis 1 M.

**Abgepasste Fenster**

das Fenster d. 180 bis 12 M.

**Vitrinenstoffe**

Weiter 30, 50, 90 Pf.





